

N i e d e r s c h r i f t

**der 41. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
27.02.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand		
Herr Harald Bartl	Stadtratsvorsitzender	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	ab 14:16 Uhr
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	ab 14:10 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE	ab 14:49 Uhr
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE	bis 18:30 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	ab 16:00 Uhr
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE	ab 14:30 Uhr
Her René Trömel	DIE LINKE	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE	
Herr Robert Bonan	parteilos	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	ab 16:45 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	
Frau Beate Fleischer	FDP	
Herr Andreas Hajek	parteilos	ab 14:27 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 14:28 Uhr
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 14:05 Uhr

Herr Gerhard Pitsch

NPD

ab 14:42 Uhr

Herr Egbert Geier

Bürgermeister

Herr Uwe Stäglin

Beigeordneter

Herr Tobias Kogge

Beigeordneter

Herr Wolfram Neumann

Beigeordneter

Frau Sabine Ernst

Verwaltung

Herr Oliver Paulsen

Verwaltung

Frau Anja Schneider

Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Herr Lothar Dieringer

parteilos

Herr Uwe Heft

parteilos

Frau Petra Sitte

DIE LINKE

Herr Gottfried Koehn

SPD

Frau Inés Brock

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Sigrid Kramm zum Wohnungsbestand

Frau Kramm äußerte sich zu den Presseartikeln sowie Beiträgen und Kommentaren bei TV Halle über den beabsichtigten Verkauf von Wohnungen der Wohnungsgesellschaften. Sie wandte sich an den Oberbürgermeister mit der Frage, ob er Kontakt mit Mietern der verkauften Wohnungen in Dresden aufgenommen habe um zu erfahren, welche negativen Erfahrungen diese gemacht haben nach der Übernahme der Wohnungen durch das amerikanische Unternehmen GAGFAH.

Sie sei sehr unsicher geworden, da sie selbst eine der Betroffenen wäre, da sie in einer Wohnung der HWG wohne. Aufgrund ihrer Schwerbehinderung sei sie auf eine vernünftige, einfache und preiswerte Wohnung angewiesen und sie möchte gern wissen, ob die von Herrn Rauschenbach gemachten Äußerungen umgesetzt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte klar, dass zu keiner Zeit diese Frage aufgeworfen oder thematisiert wurde und dies auch nicht Thema des Oberbürgermeisters sei. Aus seiner Sicht kommt ein solcher Verkauf nicht in Betracht.

Frau Silvia Welzig zur Singschule

Frau Welzig äußerte sich zu einem TV-Beitrag um die Situation der Singschule in Trägerschaft der Jugendwerkstatt. In diesem Beitrag traten 11 Kinder der Singschule auf, die ein Lied sangen, und nach ihrer Auffassung dies wohl der Chor der Singschule gewesen sei.

In diesem Zusammenhang wies sie darauf hin, dass es auf der Homepage der Singschule kein Angebot gäbe, wann ein Chor übe. Sie sei der Meinung, dass ein Herzstück der Singschule ein Chor sei und sich das die Stadt immerhin 200.000 Euro im Jahr kosten lasse.

Sie möchte konkret wissen, wann der Kulturausschuss die Prüfungen zur Singschule auf die Tagesordnung setzen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass im nächsten Kulturausschuss im April diese Fragen eingehend zu erörtert werden.

Frau Welzig bedankte sich für die Ausführungen des Oberbürgermeisters und wies darauf hin, dass der nächste Kulturausschuss laut Planung schon in der kommenden Woche tagen soll. Sie informierte darüber, dass dort eigentlich der Bericht der Jugendwerkstatt zum Thema Singschule vorgelegt werden müsse, denn laut Vertrag sei spätestens 2 Monate nach Beginn des neuen Jahres ein Bericht des vergangenen Jahres im Kulturausschuss vorzulegen.

Dazu äußerte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass man vereinbart hätte, diesen Bericht erst im April im Kulturausschuss zu behandeln.

Frau Welzig bedankte sich für die Informationen.

Herr Daniel Baumann zu Parken auf überbreiten Bürgersteigen

Herr Baumann bezog sich auf die Antwort der Verwaltung vom 31.01.2013 zum Thema Parken auf überbreiten Bürgersteigen, in welcher dargestellt wurde, dass durch die Verwaltung die Voraussetzungen von überbreiten Gehwegen und hohem Parkdruck geprüft werde, und er fragte an:

1. Gibt es für die Stadt eine exakte Angabe in Metern, ab wann ein Bürgersteig oder Gehweg überbreit ist, so dass eine Prüfung erfolgen kann?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass es keine exakte Angabe in Metern gäbe und die Überbreite immer abhängig von den örtlichen Gegebenheiten und der jeweiligen Struktur sei. Deshalb wäre es immer eine Einzelfallentscheidung und sei eine Frage des übertragenen Wirkungsbereiches, wo es auf die Beurteilung der jeweiligen Straßenverkehrsbehörde mit ankomme.

Herr Baumann fragte weiter:

2. Zur Parkplatzsituation im Paulusviertel schrieb Herr Stäglin, dass es unmöglich sei, im öffentlichen Straßenraum des Paulusviertels Stellplätze für alle dort gemeldeten Kfz zu schaffen. Damit wäre schon Punkt 1 – das Vorhandensein eines hohen Parkdrucks im Paulusviertel – gegeben.
Ist im Paulusviertel eine Prüfung geplant und wenn ja, in welcher Form und wann und wenn nein, warum nicht?

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, stellte dazu fest, dass sich die Verwaltung natürlich auch mit der Parkplatzsituation im Paulusviertel auseinandersetze. Allein schon wegen dem intensiv diskutierten Bauprojekt im ehemaligen Regierungspräsidium Willi-Lohmann-Straße, was sich im Moment in der Prüfung befinde.

Er erklärte weiterhin, dass es zum einen Bewohner gebe, die sich über das nicht mehr Auffinden von Parkplätzen im öffentlichen Straßenraum auf der einen Seite beklagen und zum anderen es ein in Insolvenz gegangenes, öffentlich gefördertes, privates Parkhaus gab, wo Kapazitäten zur Verfügung standen, die nicht nachgefragt wurden.

Des Weiteren stellte **Herr Beigeordneter Stäglin** klar, dass es kein aktuelles Programm gäbe, um eine Prüfung zu veranlassen, ob Gehwegparken zugelassen werde oder nicht und wies auf die Aussagen des Oberbürgermeisters hin, dass dazu nur Einzelfallentscheidungen zum Tragen kommen können.

Frau Yvonne Winkler: Übergabe Petition ProPaulusPark

Frau Winkler informierte über eine Petition der Bürgerinitiative ProPaulusPark, die sich mit 6.569 Stimmen für die Rückbildung des Geländes, das von der HGWS bebaut werden soll und gegen das Neubauvorhaben auf dem Gelände des ehemaligen Regierungspräsidiums einsetze.

Sie informierte darüber, dass diese Petition vorab an den Stadtrat gerichtet wurde, damit der Flächennutzungsplan umgewidmet und in eine Grünfläche umgewandelt werden könne.

Frau Winkler übergab die Petition an den Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bartl.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen von Einwohnern. **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 41. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 43 Mitglieder des Stadtrates (76,79 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 6.7 Wirtschaftsplan 2013 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11174
im Finanzausschuss durch Verwaltung zurückgestellt

- 7.1 Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen
Vorlage: V/2013/11372
im Finanzausschuss vertagt

- 7.2.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Gemeinsamen Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss (V/2013/11380)
Vorlage: V/2013/11429
bereits im Stadtrat Januar 2013 vom Antragsteller für erledigt erklärt

- 7.4 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung
Vorlage: V/2012/11266
durch Antragsteller im Finanzausschuss zurückgestellt

- 7.4.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung (V/2012/11266)
Vorlage: V/2012/11302
Bezugsvorlage durch Antragsteller im Finanzausschuss zurückgestellt

- 7.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH)
Vorlage: V/2012/11187
im Finanzausschuss vertagt
- 7.5.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. Im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Nahverkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) (V/2012/11187)
Vorlage: V/2012/11260
Bezugsantrag im Finanzausschuss vertagt
- 7.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2012/11276
im Jugendhilfeausschuss zurückgestellt
- 7.9 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub
Vorlage: V/2012/11274
im Planungsausschuss vertagt
- 7.9.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub (Vorlage-Nr.: V/2012/11274)
Vorlage: V/2013/11478
Bezugsantrag im Planungsausschuss vertagt

Herr Bartl informierte, dass nachfolgende Änderungsanträge auf die Tagesordnung zu setzen sind:

- 6.4.1 Änderungsantrag des Stadtrates Lothar Dieringer der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Bebauungsplan Nr. 156 „Zentrum Büschdorf“" – (V/2012/11226)
Vorlage: V/2013/11506
- 7.2.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum gemeinsamen Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss, V/2013/11380
Vorlage: V/2013/11496
- 7.2.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum gemeinsamen Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss (V/2013/11380)
Vorlage: V/2013/11508
- 8.11.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Eröffnung der Grundschule Glaucha, V/2013/11459
Vorlage: V/2013/11504
- 6.3.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage - Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept - V/2012/10948
Vorlage: V/2013/11404

- 6.3.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage - Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept (V/2012/10948) - Vorlagen-Nr.: V/2013/11404
Vorlage: V/2013/11503

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte zu weiteren Änderungen und Ergänzungen:

Austauschblätter zum TOP

- 6.8** Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003 - hier: § 5 Betriebsferien
Vorlage: V/2012/11305

Austauschblätter zum TOP

- 6.9** Niederlegung eines Mandats
Vorlage: V/2013/11475

Hierzu machte **Herr Bartl** den Vorschlag, diesen Punkt unter TOP 6.0 zu behandeln, damit der neu verpflichtete Stadtrat an den Beschlussvorlagen mittun könne.

Austauschblätter zum TOP

- 7.2** Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss
Vorlage: V/2013/11380

Hier wurde nochmal der Antrag kurzfristig geändert.

Austauschblätter zum TOP

- 7.7** Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Salzfest und zu den Handels Open zu Veranstaltungen auf dem Marktplatz und Hallmarkt
Vorlage: V/2012/10586

Austauschblätter zum TOP

- 7.11** Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umstrukturierung der Stadtmarketing GmbH
Vorlage: V/2012/11287

Austauschblätter zum TOP

- 9.9** Anfrage des Stadtrates Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM)) zum Sanierungsvorhaben Einzeldenkmal „Rive-Haus“
Vorlage: V/2013/11447

Dazu erfolgte eine Splittung, die Beantwortung der Frage 4 werde im nichtöffentlichen Teil erfolgen.

Herr Müller, CDU-Fraktion, bat darum, den Punkt 7.3 von der Tagesordnung zu nehmen, da er sich inzwischen erledigt habe:

- 7.3.** Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt im Gebiet der Ziegelwiese
Vorlage: V/2012/10964

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
- 6.9 Niederlegung eines Mandats
Vorlage: V/2013/11475
- 6.1 Bestellung eines Mitglieds in den Stiftungsrat der Paul-Riebeck-Stiftung
Vorlage: V/2013/11408
- 6.2 Verleihung des Ehrentitels Kammervirtuose
Vorlage: V/2012/11218
- 6.3 Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept
Vorlage: V/2012/10948
- 6.3.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage - Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept - V/2012/10948
Vorlage: V/2013/11404
- 6.3.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage - Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept (V/2012/10948) - Vorlagen-Nr.: V/2013/11404
Vorlage: V/2013/11503
- 6.4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 156 " Zentrum Büschdorf " - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: V/2012/11226
- 6.4.1 Änderungsantrag des Stadtrates Lothar Dieringer der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Bebauungsplan Nr. 156 „Zentrum Büschdorf“" - V/2012/11226
Vorlage: V/2013/11506
- 6.5 Bebauungsplan Nr. 105 "Gartenstadt Nietleben", 1. Änderung Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: V/2012/11046
- 6.6 Jahresabschluss 2011 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH

- Vorlage: V/2013/11410
- 6.7 *Wirtschaftsplan 2013 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2012/11174 *abgesetzt*
- 6.8 Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003 - hier: § 5 Betriebsferien
Vorlage: V/2012/11305
- 6.8.1 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003 - V/2012/11305
Vorlage: V/2013/11417
- 6.8.2 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003, hier § 5 Betriebsferien [Vorlagenr.: V/2012/11305]
Vorlage: V/2013/11477
7. Wiedervorlage
- 7.1 *Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen*
Vorlage: V/2013/11372 *abgesetzt*
- 7.2 Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss
Vorlage: V/2013/11380
- 7.2.1 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Gemeinsamen Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss (V/2013/11380)*
Vorlage: V/2013/11429 *abgesetzt*
- 7.2.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum gemeinsamen Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss, V/2013/11380
Vorlage: V/2013/11496
- 7.2.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum gemeinsamen Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss (V/2013/11380)
Vorlage: V/2013/11508
- 7.3 *Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt im Gebiet der Ziegelwiese*
Vorlage: V/2012/10964 *abgesetzt*
- 7.4 *Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung*
Vorlage: V/2012/11266 *abgesetzt*
- 7.4.1 *Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung (V/2012/11266)*

- Vorlage: V/2012/11302 abgesetzt
- 7.5 *Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH)*
Vorlage: V/2012/11187 abgesetzt
- 7.5.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) (V/2012/11187)*
Vorlage: V/2012/11260 abgesetzt
- 7.6 Antrag der Stadträtin Dr. Petra Sitte (Fraktion DIE LINKE.) zu aufgearbeiteten Daten für eine partizipative Lokalpolitik
Vorlage: V/2012/11069
- 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Salzfest und zu den Handels Open zu Veranstaltungen auf dem Marktplatz und Hallmarkt
Vorlage: V/2012/10586
- 7.8 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft*
Vorlage: V/2012/11276 abgesetzt
- 7.9 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub*
Vorlage: V/2012/11274 abgesetzt
- 7.9.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub (Vorlage-Nr.: V/2012/11274)*
Vorlage: V/2013/11478 abgesetzt
- 7.10 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Ausschilderung der Händelgarage
Vorlage: V/2012/11273
- 7.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umstrukturierung der Stadtmarketing GmbH
Vorlage: V/2012/11287
- 7.12 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Rückbenennung des Mühlwegviertels
Vorlage: V/2012/11275
- 7.13 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer kommunalen Richtlinie für die Kindertagespflege
Vorlage: V/2012/11282
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) - Anpassung der Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"
Vorlage: V/2013/11464
- 8.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung der Prüfungsfeststellung/ -empfehlung zur Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Halle

(Saale) für das Haushaltsjahr 2011 - hier: Trainingsschwimmhalle Robert-Koch-Straße
Vorlage: V/2013/11444

- 8.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: V/2013/11473
- 8.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt
Vorlage: V/2013/11461
- 8.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschilderung in der Dölauer Heide
Vorlage: V/2013/11462
- 8.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Parkplatzsituation im Paulusviertel
Vorlage: V/2013/11463
- 8.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Umsetzung von Mitgliedern in den Ausschüssen
Vorlage: V/2013/11435
- 8.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Parken auf überbreiten Bürgersteigen
Vorlage: V/2013/11436
- 8.9 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Zweirichtungsverkehr in der Mansfelder Straße
Vorlage: V/2013/11437
- 8.10 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum bewirtschafteten Parken
Vorlage: V/2013/11439
- 8.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Eröffnung der Grundschule Glaucha
Vorlage: V/2013/11459
- 8.11.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Eröffnung der Grundschule Glaucha, V/2013/11459
Vorlage: V/2013/11504
- 8.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Visitenkartenwerbung an Kraftfahrzeugen
Vorlage: V/2013/11449
- 9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU), zur Wirtschaftlichkeit der Straßenbahntrasse entlang der Dölauer Heide
Vorlage: V/2013/11455
- 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Abstimmung von Stadt- und Schulplanung
Vorlage: V/2013/11456
- 9.3 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU), zu den Kennzahlen der Schulen im Haushalt 2013

Vorlage: V/2013/11454

- 9.4 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber (Fraktion DIE LINKE.) zu den Ergebnissen des fünften ADFC-Fahrradklimatestes 2012
Vorlage: V/2013/11457
- 9.5 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Papierkörben in der Innenstadt
Vorlage: V/2013/11465
- 9.6 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Folgen des Umbau- und Neubaus im Bereich Steintor
Vorlage: V/2013/11466
- 9.7 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur derzeitigen Nutzung des Gebäudes der ehemaligen Begegnungsstätte SILVA
Vorlage: V/2013/11468
- 9.8 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Straßenquerung in der Liebenauer Straße
Vorlage: V/2013/11448
- 9.9 Anfrage des Stadtrates Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle) zum Sanierungsvorhaben Einzeldenkmal „Rive-Haus“
Vorlage: V/2013/11447
- 9.10 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Beantwortung von Bürgerbriefen
Vorlage: V/2013/11452
- 9.11 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Gerichtsprozessen
Vorlage: V/2013/11453
- 9.12 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erstellung des regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/11451
- 9.13 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Bildungs- und Teilhabepaket
Vorlage: V/2013/11474
- 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur angemessenen aufgabenbezogenen Finanzausstattung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11472
- 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verzicht auf ein Vorkaufsrecht
Vorlage: V/2013/11460
- 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Auswirkungen der Änderungen der Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11470
- 9.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH an der Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH
Vorlage: V/2013/11467
- 9.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beantragung von

Landesfördermitteln für Maßnahmen zur Beseitigung oder Minderung von Vernässungen sowie zur Vorbeugung gegen Vernässungen
Vorlage: V/2013/11469

- 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung und Vergabe von städtischen Sporteinrichtungen
Vorlage: V/2013/11471
- 10. Mitteilungen
- 10.1 Informationsvorlage zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Prüfung des Austritts aus dem Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalts (V/2012/10963)
Vorlage: V/2013/11403
- 10.2 Quartalsbericht Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: V/2012/11312
- 11. mündliche Anfragen von Stadträten
- 12. Anregungen
- 12.1 Anregung der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschäftigung mit der Thematik Rechtsrock-Konzerte
Vorlage: V/2013/11450
- 13. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschriften

Aufgrund der nicht fristgerechten Verteilung der Niederschriften schlug **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, vor, die Genehmigung der Niederschriften erst im März vorzunehmen.

Sollten noch Änderungen und Anmerkungen gewünscht werden, sind diese zeitnah im Büro für Ratsangelegenheiten anzuzeigen.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse vor.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand begrüßte die Anwesenden und zitierte die Überschrift aus einer regionalen Zeitung: „Stadtpolitik in der Krise“. Er führte dazu aus, dass die Stadtpolitik nicht in einer Krise stecke, sondern die Kommentare deutlich gemacht hätten,

dass die Zusammenarbeit weiter aufrecht erhalten bleiben und dass weiter diskutiert werden solle, um einen Haushalt für die Stadt aufzustellen.

Rückblickend stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** fest, dass es seit 2003 keinen ausgeglichenen Haushalt gab und der Schuldenstand derzeit 240 Mio. Euro Altdefizit beträgt. Er berichtete weiterhin, dass der vorgelegte ausgeglichene Haushalt zwar Risiken berge, jedoch auch Chancen, welche in den kommenden Wochen durch die Verwaltung dargestellt würden.

Des Weiteren wies **Herr Dr. Wiegand** darauf hin, dass ab 2014 ein strukturelles Defizit von bis zu 25 Mio. Euro jährlich zu erwarten sei. Dieses sei auch dadurch bedingt, dass es in den letzten Jahren so gewesen sei, dass der Stadtrat finanzpolitisch im Grunde genommen keine Verantwortung habe tragen können, da der Haushalt nie zum Tragen gekommen sei. Die Stadt sei immer in einer vorläufigen Haushaltsführung gewesen und wenn diese vorbei war, gab es die Anordnung einer Haushaltssperre. Die Verantwortung lag dann beim Hauptverwaltungsbeamten, der je nach Situation bestimmte Mittel freigab.

Weiter führte **Herr Dr. Wiegand** aus, dass im Jahr 2012 der Stadt mehr als 20 Mio. Euro Fördermittel verloren gegangen seien. Dies wären Baufördermittel, welche die Stadt nicht bekommen habe, da es keinen beschlossenen Haushalt gab und die Stadt deshalb die Eigenmittel nicht aufbringen konnte.

Infolge des fehlenden Haushaltes fehlte auch den Vereinen Planungssicherheit. Die Mittel, die im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung bestätigt worden, habe es oftmals nur auf Zuruf gegeben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte fest, dass hier ein unmittelbarer Handlungsbedarf bestehe und es nur eine Möglichkeit gibt, die kommunale Handlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten, die aber im Konsens herbeigeführt werden müsse.

Er wies darauf hin, dass der Oberbürgermeister, mit den Beigeordneten und den Stadträten gemeinsam die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der kommunalen Selbstverwaltung habe. Dazu gehöre auch, einen Haushalt vorzulegen, der gemeinsam beschlossen und der nach politischen Schwerpunkten diskutiert und vorbereitet werde.

In den letzten Jahren habe sich deutlich gezeigt, dass die Verantwortung nicht so wahrgenommen werden konnte, wie sie dem Stadtrat zustehe.

Aus diesem Grund sei ein Gesamtkonzept notwendig, welches seit seinem Dienstantritt zum 01.12.2012 nach und nach erarbeitet wurde. Es wurde ein ausgeglichener Haushalt 2013 vorgelegt, der in der Diskussion sei. Ein Finanzberater wurde beauftragt, da die Verwaltung derzeit nicht das Fachwissen habe, den doppischen Haushalt so zu führen, zu leiten und vorzulegen, dass daraus auch politische Schlüsse gezogen werden können.

Herr Dr. Wiegand berichtete weiter, dass aufgrund der Diskussionen in den letzten Wochen der Haushalt nochmals überarbeitet wurde und stellte klar, dass es bei der schwarzen Null bleiben werde. Er machte das Angebot an die Stadträte, gemeinsam die Fragen und auch die Schwerpunkte, die politisch gesetzt werden sollen, deutlich zu machen, zu besprechen und auch darzustellen.

Infolgedessen informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass die Verwaltung den Haushalt 2013 im März 2013 im Stadtrat beschließen lassen und die Eröffnungsbilanz im Juni 2013 vorstellen möchte. Im Juli 2013 solle der doppische Jahresabschluss 2012 vorliegen, mit den ersten Anzeichen, welche Möglichkeiten im Rahmen der doppischen Haushaltsführung gegeben seien, den Ergebnishaushalt darzustellen.

Im September 2013 werde das Entschuldungsprogramm STARK IV vorgelegt und im Oktober 2013 der Nachtragshaushalt 2013, der die Dinge auffangen solle, die derzeit möglicherweise noch nicht abgebildet würden. Er solle aber auch auffangen, was im Laufe des Jahres an Konzeptionen aus der Finanzpolitik des Landes im Rahmen des Entschuldungskonzeptes noch auf die Stadt zukomme. Im November 2013 solle der Haushalt 2014 beschlossen werden.

Abschließend merkte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** an, dass daraus ersichtlich werde, dass die Verwaltung einen ganz konkreten Plan habe, der abgearbeitet werde. Es stelle sich dar, dass die Stadt nicht in einer Krise, sondern die Stadtpolitik im Aufbruch sei.

zu 6 **Beschlussvorlagen**

6.9. **Niederlegung eines Mandats** **Vorlage: V/2013/11475**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat stellt fest, dass Frau Dr. Gesine Haerting, Robert-Blum-Straße 8, 06114 Halle (Saale), gemäß § 41 Abs. 1 GO LSA ihr Mandat mit Wirkung vom 06.02.2013 niederlegt hat.

Verpflichtung Herr Christian Feigl

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat Herrn Christian Feigl nach vorn und nahm dessen Verpflichtung auf der Grundlage des § 51 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vor. Des Weiteren wies er ihn gemäß § 32 Gemeindeordnung – Pflichtbelehrung - auf die nach den §§ 30 und 31 obliegenden Pflichten hin.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nahm die Verpflichtung an.

zu 6.1 **Bestellung eines Mitglieds in den Stiftungsrat der Paul-Riebeck-Stiftung** **Vorlage: V/2013/11408**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestellt gemäß § 8 Abs. 1 der Stiftungssatzung Herrn Gernot Töpfer in den Stiftungsrat der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale.

zu 6.2 Verleihung des Ehrentitels Kammervirtuose
Vorlage: V/2012/11218

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, Herrn Arkadi Marasch den Ehrentitel **Kammervirtuose** zu verleihen.

zu 6.3 Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept
Vorlage: V/2012/10948

zu 6.3.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage -
Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept - V/2012/10948
Vorlage: V/2013/11404

zu 6.3.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum
Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage -
Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept (V/2012/10948) - Vorlagen-
Nr.: V/2013/11404
Vorlage: V/2013/11503

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bauen, erinnerte an den intensiven Diskussionsprozess zum integrierten kommunalen Klimaschutzkonzept in den Gremien. Viele Ideen wurden aufgenommen und es liegt jetzt eine veränderte Beschlussvorlage vor.

Er ergänzte weiter, dass es bei der Konzepterarbeitung wichtig gewesen sei, Ziele zu setzen, die ehrgeizig sind und die so umgesetzt werden können, dass es auch der Stadt möglich ist, Maßnahmen in die Wege zu leiten. Es wurden machbare Projekte definiert, die sich z. B. mit der Stadtentwicklung verknüpfen lassen oder Beratungsleistungen, die den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen.

Herr Beigeordneter Stäglin bat um Zustimmung zu diesem Beschluss, damit die Umsetzungspläne, wenn es um die konkreten finanziellen Auswirkungen und um konkrete Abstimmungsergebnisse mit den Akteuren geht, in den Gremien des Stadtrates gemeinsam behandelt werden können.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass ihre Fraktion der Verwaltungsvorlage in der vorliegenden Form zustimmen werde und begrüßte gleichzeitig, dass der Vorschlag aufgenommen wurde, aus einer Informationsvorlage eine Beschlussvorlage zu machen, um dem Stadtrat dadurch ein Bekenntnis zum Klimaschutz zu

ermöglichen.

Sie brachte zum Ausdruck, dass das von der Verwaltung in konkreten Zielen festgelegte Klimaschutzszenario, an denen sich dann die Maßnahmen ausrichten, mit diesem Grundsatzbeschluss Teil der Beschlussfassung des Stadtrates werde.

Frau Krausbeck führte weiterhin aus, dass es jetzt wichtig wäre, einen Umsetzungsplan zu erarbeiten und im Stadtrat darüber zu diskutieren.

Des Weiteren erklärte sie, dass ihre Fraktion den Änderungsantrag der CDU-Fraktion nicht teilen könne, der einen Verzicht auf ein Bekenntnis zu konkreten Klimazielen vorschlug.

Darüber hinaus gab sie zu bedenken, dass eine eigene Haushaltsstelle zwar zielführend, aber noch zu klären sei, wann man sich über die Haushaltstelle unterhält, mit oder ohne Umsetzungsplan.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, erläuterte zu Beginn seiner Ausführungen noch einmal kurz den Werdegang bis zur Beschlussvorlage und wies darauf hin, dass er keinen Mehrwert an der Änderung von einer Informationsvorlage zur Beschlussvorlage erkennen könne.

Zum Thema der Haushaltsstelle wies **Herr Scholtyssek** darauf hin, sich mal die Haushalte anderer Städte, wie z. B. Chemnitz anzusehen, dort würde es funktionieren. Und da es jetzt ein Dienstleistungszentrum Klimaschutz gäbe, wäre es angezeigt, eine Haushaltsstelle dafür einzurichten.

Zu den Zielen der Stadt zum Klimaschutz erläuterte **Herr Scholtyssek**, dass sich seit 1990 der CO₂-Ausstoß in Halle um 48 % reduziert habe. Und jetzt sollen bis 2020 noch einmal 25 % eingespart werden. Das mache im Jahr 3 %.

Er sähe darin einen Konflikt, dass für viel Geld Industriegebiete erschlossen wurden, damit sich Unternehmen ansiedeln, die dann auch CO₂ ausstoßen. Dieser Konflikt sei nicht beachtet worden.

Zum Klimaschutz allgemein führte er noch aus, dass es nicht so sei, dass sich die CDU nicht um Klimaschutz kümmern würde. Es gehe ihnen nur darum, die Finanzmittel möglichst effizient einzusetzen und die CO₂-Einsparung sei momentan kein prioritäres Ziel in der Stadt.

Herr Scholtyssek wies weiter darauf hin, dass im Ausschuss eine Liste verteilt wurde, aus welcher klar hervorgehe, dass Halle beim CO₂-Ausstoß, je Kopf mit 6,7 Tonnen je Einwohner und Jahr, weit unter dem Bundesdurchschnitt von 11 Tonnen je Einwohner und Jahr liege. Auch aus diesem Grund sehe die CDU-Fraktion keinen prioritären Handlungsbedarf, städtische Mittel in diese Klimaschutzziele hineinzuleiten.

Wichtiger sei es, die Spielplätze instand zu halten, Grünflächen ordentlich zu pflegen und Schlaglöcher zu flicken. Es liege ohnehin im Interesse jedes einzelnen Energieverbrauchers, seinen Energieverbrauch zu reduzieren. Eine Beratung zum Klimaschutz ist aus seiner Sicht nicht erforderlich.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, erklärte für seine Fraktion, da die Verwaltung den Antrag in die Beschlussvorlage übernommen habe, dass dieser nicht mehr zur Debatte stehe und somit nicht abgestimmt werden müsse.

In Bezug auf das Anliegen der CDU-Fraktion zur Einbringung einer eigenen Haushaltsstelle, bat er die Verwaltung um Prüfung, da die Maßnahmen, die hinter den Haushaltsstellen laufen, im Moment gerade bestimmten Produkten zugeordnet werden. Vom Kämmerer hätte er gerne die Auskunft, ob dies von der Systematik möglich wäre.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, machte einige Anmerkungen zu den Ausführungen von Herrn Scholtyssek und brachte seine Verwunderung zum Ausdruck, dass Herr Scholtyssek der Unterschied von Informationsvorlage und Beschlussvorlage nicht erkennbar wäre. Er wies darauf hin, dass eine Informationsvorlage keine Bindung hätte und die Wirkung eines Beschlusses im Rat eine andere Wirkung in die Verwaltung und auch zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes hätte. Aus diesem Grund sei die Beschlussvorlage zu begrüßen.

Herr Wehrich wies gleichfalls darauf hin, dass die von Herrn Scholtyssek gemachte Aussage, die CDU sei nicht gegen den Klimaschutz, durch seine eigenen Äußerungen widerlegt würde. Die Befürchtung, dass durch Klimaschutz Wirtschaftsansiedlungen behindert würden, könne er nicht nachvollziehen.

Weiterhin erklärte **Herr Wehrich**, dass durch die Zielsetzung zum Klimaschutz erreicht werden solle, dass die Stadt Halle auch einen Beitrag für den Klimaschutz leiste, auch wenn die CO₂-Emission niedriger sei als im Bundesdurchschnitt.

Er führte weiterhin aus, dass es darum ginge, in der Stadt CO₂ auch dadurch einzusparen, dass die Energieeffizienz in den städtischen Gebäuden und in der Verwaltung insgesamt beim Stromverbrauch erhöht werde. Diese Maßnahmen werden prioritär gesetzt und sparen unmittelbar auch Geld ein in den nächsten Jahren. Deshalb bedeute Klimaschutz auch mehr Geldeinsparung über längere Sicht, das dann auch den genannten Projekten, wie Spielplätzen und Kindergärten zugutekommen könnte.

Herr Scholtyssek wandte sich an Herrn Wehrich und stellte klar, dass es ihm nicht um den formalen Unterschied zwischen einer Informationsvorlage und einer Beschlussvorlage ginge, sondern dass er den inhaltlichen Unterschied nicht erkennen könne.

Des Weiteren führte er aus, dass er nicht die Aussage getroffen habe, dass die Klimaziele Wirtschaftsansiedlungen erschweren würden, sondern er habe auf die Zieldiskrepanz hingewiesen, dass, wenn sich neue Unternehmen ansiedeln, diese auch CO₂ produzieren und im Gegenzug der CO₂-Austausch reduziert werden soll.

Herr Scholtyssek meinte, dass dazu eine grundsätzliche Diskussion geführt werden solle und fragte wiederum nach, warum städtisches Geld dafür in die Hand genommen werden solle, was dann für andere Bereiche nicht vorhanden wäre.

Hinsichtlich der vorangegangenen Ausführungen machte **Herr Kley, FDP-Fraktion**, deutlich, dass seine Fraktion mit Interesse beobachten werde, wie die Stadtverwaltung den Zielkonflikt lösen werde und führte als Beispiel das Gebäude des Stadthauses an, welches nur durch eine kleine Doppelverglasung eine ganze Reihe von fossilen Brennstoffen einsparen könnte. Gleiches gelte auch für das Rathaus, wo die alten Fenster sehr stark Wärme abgeben.

Herr Kley, FDP-Fraktion, informierte weiter, dass seine Fraktion wieder den Antrag für eine „Grüne Welle“ stellen werde, weil durch eine Verflüssigung des Verkehrs deutlich die Emission an Kohlendioxid reduziert werde.

Abschließend wies **Herr Stäglich, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, darauf hin, dass Klimaschutz Kosten sparen könne. Unter dem Gesichtspunkt eines integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes gäbe es die Chance, je nach Förderprogramm Mittel zu erschließen.

Aufgrund der Diskussionen im Ausschuss merkte er an, dass nicht jeder Zielkonflikt jedes Einzelthemas gelöst werden könne. Aber durch das neu geschaffene Dienstleistungszentrum

Klimaschutz wäre es möglich, auf der Basis eines beschlossenen Konzeptes weitere Arbeitsschritte einzuleiten und Maßnahmen anzuschieben.

Festzuhalten sei auch, so **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass die Ansprache der Bürgerinnen und Bürger sowie Hauseigentümer wichtig sei, da der private Verbraucher der größte Bereich sei, wo in der Stadt in der Gesamtbilanz noch Einsparungen erzielt werden können. Dazu sollten Beratungsleistungen durchgeführt werden.

Bezogen auf den Änderungsantrag der CDU machte **Herr Beigeordneter Stäglin** klar, dass die Verwaltung die Anregungen aus der heutigen Diskussion aufnehmen und die Bildung einer Haushaltsstelle zwischen Geschäftsbereich I und Geschäftsbereich II diskutieren werde. Als Arbeitsauftrag für die Verwaltung nehme er weiterhin mit, dass spätestens zum Nachtragshaushalt 2013 eine Antwort dazu gegeben werden kann.

Bezogen auf die Erläuterungen von Herrn Stäglin erklärte **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, dass seine Fraktion damit Punkt 5 des Änderungsantrages zurückziehe.

Damit wurde Punkt 5 des Änderungsantrages der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage – Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept – (Vorlagenr.: V/2013/11404)

5. Das Klimaschutzkonzept soll mit einer eigenen und erkennbaren Haushaltsstelle im Haushaltsplan 2013 abgebildet werden.

zurückgenommen.

zu 6.3.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage - Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept (V/2012/10948) - Vorlagen-Nr.: V/2013/11404
Vorlage: V/2013/11503

Abstimmungsergebnis:

erledigt

durch Verwaltung übernommen

Beschlussvorschlag:

Der Punkt 2 des Beschlussvorschlages wird wie folgt ersetzt:

2. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen aus dem Maßnahmenprogramm zu entwickelnden Umsetzungsplan zu erarbeiten, aus dem ersichtlich wird, was, wie und bis wann mit welchen Kosten prioritär umgesetzt werden soll. Bei vorgeschlagenen Maßnahmen, die von städtischen Unternehmen realisiert werden sollen, wirken die Vertreter der Stadt in den Organen des Unternehmens auf die Umsetzung hin.*

„Dieser Umsetzungsplan ist vorab den zuständigen Gremien des Stadtrates zur Beschlussfassung vorzulegen.“

zu 6.3.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage - Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept - V/2012/10948
Vorlage: V/2013/11404

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

28 Ja-Stimmen

21 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt das Integrierte Kommunale Klimaschutzkonzept der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis. ~~und befürwortet die Umsetzung der in dem Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen, um mindestens die im sogenannten Klimaszenario dargestellten Einsparziele im Bereich der CO₂-Emissionen in Höhe von 24,05 % und im Bereich Gesamtenergieverbrauch in Höhe von 23,88 % bis zum Jahr 2020 (bezogen auf das Basisjahr 2009) anzustreben.~~

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen aus dem Maßnahmenprogramm zu entwickelnden Umsetzungsplan zu erarbeiten, aus dem ersichtlich wird, was, wie und bis wann mit welchen Kosten prioritär umgesetzt werden soll. ~~Bei vorgeschlagenen Maßnahmen, die von städtischen Unternehmen realisiert werden sollen, wirken die Vertreter der Stadt in den Organen des Unternehmens auf die Umsetzung hin. Dieses Konzept ist vorab dem Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten zur Beschlussfassung vorzulegen.~~

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU sowie durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann.

4. Dem Stadtrat ist zweijährlich in einer Informationsvorlage über umzusetzende bzw. umgesetzte Klimaschutzmaßnahmen und den Grad der Zielerfüllung zu berichten. Nach fünf Jahren ist das Konzept fortzuschreiben.

~~5. Das Klimaschutzkonzept soll mit einer eigenen und erkennbaren Haushaltsstelle im Haushaltsplan 2013 abgebildet werden.~~

**zu 6.3 Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept
Vorlage: V/2012/10948**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat nimmt das Integrierte Kommunale Klimaschutzkonzept der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen aus dem Maßnahmenprogramm zu entwickelnden Umsetzungsplan zu erarbeiten, aus dem ersichtlich wird, was, wie und bis wann mit welchen Kosten prioritär umgesetzt werden soll.
Dieses Konzept ist vorab dem Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten zur Beschlussfassung vorzulegen.

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Umsetzung der Maßnahmen

Fördergelder von Land, Bund und der EU sowie durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann.

4. Dem Stadtrat ist zweijährlich in einer Informationsvorlage über umzusetzende bzw. umgesetzte Klimaschutzmaßnahmen und den Grad der Zielerfüllung zu berichten. Nach fünf Jahren ist das Konzept fortzuschreiben.

**zu 6.4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 156 " Zentrum Büschdorf " -
Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: V/2012/11226**

**zu 6.4.1 Änderungsantrag des Stadtrates Lothar Dieringer der CDU-Stadtratsfraktion
Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Bebauungsplan Nr. 156 „Zentrum
Büschdorf“" - V/2012/11226
Vorlage: V/2013/11506**

Herr Misch, CDU-Fraktion, brachte im Namen von Herrn Dieringer den Änderungsantrag ein und machte deutlich, dass Ausgangspunkt des Antrages die Besorgnis wäre, dass durch die Schaffung von zusätzlichen Verkaufsflächen außerhalb der Stadtmitte das Stadtzentrum geschwächt werde und eine Begrenzung der Verkaufsflächen für zentrenrelevante Produkte in den Randgebieten ausgewiesen werden sollte.

Dazu erklärte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass schon durch die bestehende Formulierung des Bebauungsplanes eine Begrenzung gesetzt sei, und zwar eine Begrenzung auf 800 qm auf die jeweiligen dort möglichen einzelnen Betriebe. Es gäbe eine gesamte maximale Größe von 2.800 m², so dass die Zielsetzung des Antrages von Herrn Dieringer aufgegriffen wurde.

Er informierte weiter, dass es keinen Widerspruch gebe, weder zu dem vom Stadtrat beschlossenen Konzept 2004, noch dem neuen Konzept. Aus diesem Grund werde keine Notwendigkeit gesehen, den Punkt 2 des Antrages noch zusätzlich als Forderung aufzunehmen.

Herr Beigeordneter Stäglin berichtete, dass es nicht um den eigentlichen Stadtratsbeschluss gehe, sondern um die Zielsetzung, den Entwurf offen legen zu können und die Bürgerinnen und Bürger zu fragen, wie sie die gesamte Entwicklung betrachten.

Er verwies darauf, dass es noch weitere Diskussionen zu diesem Thema geben werde, aber zum heutigen Zeitpunkt der Antrag zum Punkt 2 abgelehnt, und der Entwurf der Verwaltung in die Offenlage gebracht werden müsse.

Daraufhin frage **Herr Misch** nach, ob sich der Antrag mit den in der Beschlussvorlage enthaltenen Details erledigt habe.

Herr Beigeordneter Stäglin antwortete dazu, dass sich Punkt 1 auf alle Fälle erledigt habe, da die Regelung der Begrenzung auf max. 800 m² schon bestehe und insgesamt eine Summe von höchstens 2.800 m² an Einzelhandelsbetriebe im Zentrum Büschdorf vorgesehen sei. Bei der Frage um die zentrenrelevanten Randsortimente wäre es nicht erforderlich, diese zusätzliche Regelung noch aufzunehmen.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE, sprach in Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung an, dass auch schon im Planungsausschuss am 12.02.2013 durch die Verwaltung nicht

geklärt werden konnte, was im Zentrenkonzept konkret zu den Sortimenten stehe. In diesem Zusammenhang fragte er an, wie viel Quadratmeter Textilfläche z. B. wirklich rauskomme.

Dazu erläuterte **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass es 5 unterschiedliche Einheiten gäbe, die jeweils einzeln max. 800 m² haben, aber eine Gesamtgröße von 2.800 m² insgesamt. Im Maximum wären bei Einheit 1 und Einheit 4 im Ergebnis maximal 2 x 800 m² als Obergrenze gegeben.

Im Planungsausschuss gab es die Irritation, dass eine Größe von 920 m² in den Raum gestellt wurde, welche aber in keiner Unterlage aufzufinden war.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte zu diesem Thema an, dass die Stadt starke Anstrengungen unternehmen müsse, um einer Verschandelung der Stadt durch diverse Einkaufszentren entgegen zu wirken. In diesem Zusammenhang verwies er z. B. auf den Standort im Böllberger Weg, wo auf dem ehemaligen Gelände der Engelhard-Brauerei ein Supermarkt entstanden sei. Mit solchen Bauten mache man die Stadt kaputt.

Er verwies aber auch gleichzeitig auf zwei positive Beispiele von Sanierungsvorhaben durch Edeka. Zum einen auf dem ehemaligen Gelände der Maschinenfabrik und zum anderen das Objekt am Hallmarkt. Es müssten alle Anstrengungen unternommen werden, um solche Tendenzen zu fördern.

Die Stadt könne sich nicht darauf zurückziehen, dass sie keine rechtlichen Mittel habe, diese Investitionsvorhaben zu beeinflussen. Sie müsse auf die Landesregierung zugehen und die Folgen des Investitionserleichterungsgesetzes anhand der negativen Beispiele darstellen und auch auf die Investoren zugehen, und neben der rechtlich durchsetzbaren Möglichkeit dafür eintreten, dass mehr Qualität entstehe.

Dazu erklärte **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass man gerade beim Thema der Einzelhandelsimmobilien an Grenzen stoße, es aber natürlich wichtig sei, immer um die bestmögliche Lösung zu ringen.

Er bat aber die Standortentscheidung zu beachten, die in diesem Fall an dieser Stelle nicht die Chance biete, eine Bestandsimmobilie oder ein denkmalgeschätztes Objekt zu nehmen und zu verändern.

Herr Beigeordneter Stäglin merkte weiterhin an, dass die Stadt schon mit der Erstellung des Zentrenkonzeptes 2004 für die Etablierung eines Einkaufszentrums in Büschdorf zur Versorgung im halleschen Osten eingetreten sei.

Bezogen auf die Frage der Größe der Textilfachmärkte konnte **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf verweisen, dass anhand des Vorhaben- und Erschließungsplanes die Einheiten 1 und 4 als Textilfachmärkte nicht die größten Einheiten des Projektes seien und nicht die 800 m² ausschöpfen werden.

**zu 6.4.1 Änderungsantrag des Stadtrates Lothar Dieringer der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Bebauungsplan Nr. 156 „Zentrum Büschdorf“" - V/2012/11226
Vorlage: V/2013/11506**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

1. Der Bebauungsplan Nr. 156 "Zentrum Büschdorf" wird dahingehend ergänzt, dass die Verkaufsfläche für Betriebe mit zentrenrelevanten Kernsortimenten im gesamten Bebauungsgebiet auf maximal 800 m² begrenzt ist.
2. Sofern sich Einzelhandelsbetriebe mit nicht zentrenrelevanten Kernsortimenten ansiedeln wollen, so ist die Verkaufsfläche von zentrenrelevanten Randsortimenten auf 10 % der Verkaufsfläche zu begrenzen.
3. Der so geänderte Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 156 "Zentrum Büschdorf" sowie die Begründung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 6.4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 156 „Zentrum Büschdorf“ –
Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: V/2012/11226**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 156 "Zentrum Büschdorf" in der Fassung vom 23.11.2012 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 156 „Zentrum Büschdorf“ in der Fassung vom 23.11.2012 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 6.5 Bebauungsplan Nr. 105 "Gartenstadt Nietleben", 1. Änderung Beschluss zur
öffentlichen Auslegung
Vorlage: V/2012/11046**

In Bezug auf die Abstimmung zur Auslegung des Bebauungsplanes zum Zentrum Büschdorf wies **Herr Kley, FDP-Fraktion**, Herrn Stadtratsvorsitzenden, darauf hin, bei den Beschlüssen den genauen Beschluss für die Abstimmung zu definieren.

Zum Inhalt der Vorlage legte **Herr Kley** dar, dass der Bebauungsplan aufgestellt wurde, um die Gartenstadt in ihrer Kleinteiligkeit zu erhalten.

Mittlerweile sei es aber so, dass eine ganze Reihe von Grundstücken den Besitzer gewechselt haben und junge Familien sich breiter aufstellen wollen bzw. auch die Möglichkeit genutzt werden sollte, in zweiter Reihe zu bauen. Aus diesem Grund soll der Bebauungsplan aufgehoben und eine normale Bebauung nach § 34 BauGB zugelassen werden. Damit wäre dem Interesse der Grundstückseigentümer bzw. Erwerber am besten entsprochen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 105 „Gartenstadt Nietleben“, 1. Änderung in der Fassung vom 08.01.2013 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 105 „Gartenstadt Nietleben“, 1. Änderung in der Fassung vom 08.01.2013 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 6.6 Jahresabschluss 2011 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: V/2013/11410**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Einzelabstimmung:

B.-Punkt 1 bis 2: mehrheitlich zugestimmt
B.-Punkt 3: mehrheitlich zugestimmt

Dem Mitwirkungsverbot bei Beschlusspunkt 3 unterlag gemäß § 31 GO-LSA: Herr Heft, Fraktion DIE LINKE

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH am 29.08.2012 zu folgendem Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2011 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird in der von der Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 16.05.2012 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Das Jahresergebnis beträgt 0,00 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt 1.358.871,18 EUR.

2. Der Geschäftsführung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.
3. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.

**zu 6.8 Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003 - hier: § 5 Betriebsferien
Vorlage: V/2012/11305**

zu 6.8.1 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-

Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003 - V/2012/11305
Vorlage: V/2013/11417

zu 6.8.2 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003, hier § 5 Betriebsferien [Vorlagenr.: V/2012/11305]
Vorlage: V/2013/11477

Frau Raab, FDP-Fraktion, erläuterte den Änderungsantrag ihrer Fraktion und gab den Hinweis, dass die Satzung in erster Linie für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten gelte. Bei Abschluss von Verträgen mit Freien Trägern werde aber auf diese Satzung hingewiesen.

Sie führte weiterhin aus, dass der § 5, der geändert werden soll durch die Vorlage, die Betriebsferien in Kindertagesstätten regelt und diese eigentlich von der Zeit überholt worden sind. Zahlreiche Träger in der Stadt Halle hätten überhaupt keine Betriebsferien oder sie regelten das Betriebsferienthema nach den Bedürfnissen der Eltern und der Kinder.

Für die Eltern sei es das Bedürfnis der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – auch in den Sommerferien – und es sei das Bedürfnis der Kinder – eine verlässliche, zuverlässige Umgebung zu haben.

Frau Raab führte weiterhin aus, dass es nicht notwendig sei, für den Betrieb von Kindertageseinrichtungen, Betriebsferien zentral durchzuführen. Als Beispiel nannte sie wesentlich kleinere Träger, die kein Potential an Flexibilität im Personal haben aber es durchaus hinbekommen, ohne Betriebsferien ihren Betrieb zu gestalten.

Der Antrag ihrer Fraktion bestehe in der Streichung des § 5 komplett.

Und die Befürchtung, dass es zum Nachteil in finanzieller Hinsicht mit der Stadt kommen könnte, wenn sich ein Träger trotzdem für die Betriebsferien entscheiden würde, wurde durch den Fachbereich Bildung dahingehend beantwortet, dass es zu keinem Nachteil der Freien Träger komme werde, auch wenn diese sich so entscheiden.

Frau Raab bat im Sinne der Eltern und der Kinder darum, auf diesen Paragraphen zu verzichten, da dieser nicht mehr zeitgemäß wäre.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, äußerte sich zu seinem Änderungsantrag mit dem Verweis auf einen Kompromiss darauf, dass es weiterhin Betriebsferien geben solle, aber nur für max. 2 Wochen.

Dazu brachte **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, zum Ausdruck, dass die Abschaffung der Betriebsferien eigentliches Ziel gewesen sei und wies darauf hin, wenn der Paragraph gestrichen werden sollte, könne der Eigenbetrieb trotzdem entscheiden Betriebsferien zu machen, denn aus der Satzung ergebe sich nicht, dass er das nicht darf.

Es wäre sinnvoller, eine klare Regelung zu finden, in welchem Umfang Betriebsferien gemacht werden könnten, immer in Abstimmung mit dem Elternkuratorium.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, konnte dem Antrag der FDP-Fraktion dahingehend zustimmen, dass er aus eigener Erfahrung bestätigen könne, dass es ohne Betriebsferien ginge und dies ohne Nachteile für die Eltern, die Erzieherinnen oder des Trägers oder der Stadt. Vertraglich vereinbart solle nur die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr sein bzw. könnte mit dem Elternkuratorium abgestimmt werden.

In diesem Zusammenhang äußerte sich **Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion**, und wies darauf hin, dass sich der Jugendhilfeausschuss klar hinter den CDU-Antrag gestellt habe und in der überarbeiteten Fassung geregelt sei, dass im Verlaufe eines Kalenderjahres Kindertageseinrichtungen Betriebsferien nehmen können.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellte im Namen seiner Fraktion klar, dass sie dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion ebenfalls zustimmen werden, da sie eine Begrenzung auf zwei Wochen auch für sinnvoll hielten.

Dagegen werde der Änderungsantrag der FDP-Fraktion abgelehnt, da in der Satzung mit der Entscheidung des Elternkuratoriums eindeutig eine Kann-Regelung festgelegt sei. Im Übrigen wies er darauf hin, dass im § 5, Absatz 2 eine Verpflichtung stehe, dass die Kinder in benachbarten Einrichtungen aufgenommen werden müssen. Und dieser Absatz würde dann wegfallen, bei Streichung des Paragraphen.

Abschließend äußerte sich **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, dahingehend, dass mit der Kann-Bestimmung das Elternkuratorium entscheiden könne, ob die Einrichtung geschlossen werde oder nicht.

Leider sei die freiwillige Entscheidung, die er dem Eigenbetrieb gegeben habe, so nicht umgesetzt worden, doch jetzt gebe es die Möglichkeit, dies in der Satzung zu verankern. Die Beschränkung auf 14 Tage gäbe den Einrichtungen auch mehr Klarheit und Rechtssicherheit.

Den Ausführungen von Frau Raab stimmte **Herr Beigeordneter Kogge** dahingehend zu, dass Betriebsferien in manchen Einrichtungen gar nicht mehr umsetzbar seien, da es keine Ausweichquartiere gebe.

zu 6.8.2 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003, hier § 5 Betriebsferien [Vorlagenr.: V/2012/11305] Vorlage: V/2013/11477

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der § 5 wird ersatzlos gestrichen.

zu 6.8.1 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003 - V/2012/11305 Vorlage: V/2013/11417

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag zur Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertages-

einrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003 - hier: § 5 Betriebsferien, wird wie folgt ergänzt:

bisheriger Text	Überarbeitung
(1) Aus betriebsorganisatorischen Gründen sollen Kindertageseinrichtungen im laufenden Jahr zusammenhängend bis zu drei Wochen und im Dezember/Januar eine Woche geschlossen werden. Der Schließungszeitraum wird im Benehmen mit dem Kuratorium festgelegt und den Eltern rechtzeitig, mindestens fünf Monate im Voraus, bekannt gegeben	(1) Im Verlaufe eines Kalenderjahres können Kindertageseinrichtungen für einen Zeitraum von bis zu 3 Wochen, maximal jedoch für einen Zeitraum von zusammenhängend 2 Wochen geschlossen werden. Die Entscheidung, ob Kindertageseinrichtungen geschlossen werden, trifft das Elternkuratorium. Dazu kann es einen Vorschlag des Trägers der Kindertageseinrichtung einholen.

**zu 6.8 Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003 - hier: § 5 Betriebsferien
Vorlage: V/2012/11305**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003 im § 5 Betriebsferien zu.

Anmerkungen

Änderungen im Satzungstext.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass die unter TOP 6.10 verteilte Beschlussvorlage nicht in der Stadtratssitzung behandelt werden könne, da die ordnungsgemäße Einladung nicht gewährleistet sei. Es handelte sich zunächst um eine nicht öffentliche Beschlussvorlage, interessierte Bürgerinnen und Bürger konnten zu einer öffentlichen Debatte nicht eingeladen werden. Um den Gesetzlichkeiten zu genügen, werde man diese Vorlage erst in der kommenden Stadtratssitzung behandeln.

zu 7 Wiedervorlage

- zu 7.2 **Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss**
Vorlage: V/2013/11380
- zu 7.2.2 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum gemeinsamen Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss,**
V/2013/11380
Vorlage: V/2013/11496
- zu 7.2.3 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum gemeinsamen Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss**
(V/2013/11380)
Vorlage: V/2013/11508
-

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte zum Änderungsantrag seiner Fraktion an, dass es nicht zielführend wäre, wenn über alle Stellen ab E9 bzw. jetzt E11 im Hauptausschuss diskutiert werde, da dies aufgrund der Vielzahl der Stellen nicht zu bewältigen wäre.

Auch wenn man sich die Regelung in anderen Städten, wie z. B. in Chemnitz, Magdeburg oder auch Leipzig und Dresden anschauen werde man feststellen, dass alle auf die Tarifgruppe E13 gehen und das wäre aufgrund des Arbeitsaufwandes dann auch im Hauptausschuss zu bewältigen.

Der zweite Grund für den Änderungsantrag seiner Fraktion beziehe sich auf die Regelung in der haushaltslosen Zeit. Diese sei rechtlich nicht machbar, da der Oberbürgermeister an den Stellenplan des alten Jahres gebunden sei und dieser weiter gelte.

- zu 7.2.3 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum gemeinsamen Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss**
(V/2013/11380)
Vorlage: V/2013/11508
-

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

§ 6 Absatz 2 der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) erhält folgende Fassung:

„Der Hauptausschuss entscheidet abschließend im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister über die Ernennung, Absetzung, Einstellung und Entlassung der Fachbereichsleiter, der Beauftragten, der Leiter der Eigenbetriebe und aller weiteren Beamten und Beschäftigten ab Entgeltgruppe 13 TVöD bzw. Besoldungsgruppe A 13 sowie über die Festsetzung von Vergütungen, auf die kein Anspruch aufgrund eines Tarifvertrages

besteht. Im Übrigen entscheidet in Personalangelegenheiten der Oberbürgermeister, soweit diese nicht ausschließlich dem Stadtrat vorbehalten sind.“

**zu 7.2.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum gemeinsamen Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss, V/2013/11380
Vorlage: V/2013/11496**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Anmerkungen:

Antragsteller erklärte, dass Bezugsantrag Änderungen sinngemäß aufgenommen habe.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

- 1. Beschlusspunkt 1 und 3 werden gestrichen*
- 2. § 6 Abs. 2 Satz 2 der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) erhält folgende Ergänzung:*

Im Übrigen entscheidet im Rahmen eines vom Stadtrat für das jeweilige Haushaltsjahr beschlossenen Stellenplans in Personalangelegenheiten der Oberbürgermeister, soweit diese nicht ausschließlich dem Stadtrat vorbehalten ist. Bis zur Beschlussfassung eines Stellenplans für das laufende Haushaltsjahr durch den Stadtrat werden demnach alle Personalangelegenheiten im Sinne des § 44 Abs. 4 Nr. 1 GO LSA abschließend durch den Hauptausschuss im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister entschieden.

**zu 7.2 Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss
Vorlage: V/2013/11380**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

§ 6 (2) der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) erhält folgende Form:

1. Der Hauptausschuss entscheidet abschließend im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister über die Ernennung, Absetzung, Einstellung und Entlassung der Fachbereichsleiter, der Beauftragten, der Leiter der Regie- und Eigenbetriebe und aller weiteren Beamten und Mitarbeiter ab Entgeltgruppe E9 11 bzw. Besoldungsgruppe A9 11 sowie über die Festsetzung von Vergütungen, auf, die

kein Anspruch aufgrund eines Tarifvertrages besteht. ~~Im Übrigen entscheidet in Personalangelegenheiten der Oberbürgermeister, soweit diese nicht ausschließlich dem Stadtrat vorbehalten sind.~~ Im Übrigen entscheidet im Rahmen eines vom Stadtrat für das jeweilige Haushaltsjahr beschlossenen Stellenplans in Personalangelegenheiten der Oberbürgermeister, soweit diese nicht ausschließlich dem Stadtrat vorbehalten ist. Bis zur Beschlussfassung eines Stellenplans für das laufende Haushaltsjahr durch den Stadtrat werden demnach alle Personalangelegenheiten im Sinne des § 44 Abs. 4 Nr. 1 GO LSA abschließend durch den Hauptausschuss im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister entschieden.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, über alle Personalmaßnahmen, welche er entsprechend Beschlusspunkt 1 in eigener Verantwortung vornimmt, den Hauptausschuss monatlich in schriftlicher Form zu informieren.

~~3. Bei Vorlegen eines durch Bestätigung des Haushaltsplanes für 2013 durch die Kommunalaufsicht gültigen Stellenplans wird Beschlusspunkt 1 auf die Tagesordnung der nächstfolgenden Stadtratssitzung gesetzt.~~

zu 7.6 **Antrag der Stadträtin Dr. Petra Sitte (Fraktion DIE LINKE.) zu aufgearbeiteten Daten für eine partizipative Lokalpolitik**
Vorlage: V/2012/11069

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass alles das, was in diesem Antrag vorgelegt werde, schon Beschlusslage sei, da bereits im Januar letzten Jahres einem Antrag zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und Transparenz durch E-Government zugestimmt wurde.

Er informierte weiter, dass im Ausschuss ein von der Verwaltung erarbeitetes Konzept zu diesen Themen als Informationsvorlage verteilt wurde, welches jetzt im Rat behandelt werden muss und konkrete Maßnahmen zu beschließen seien, wie auf diesem Weg weiter gegangen werden soll.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1. Ein Konzept zu entwickeln, wie Daten aus Sessionnet und anderen öffentlichen Quellen transparent für Bürgerinnen und Bürger dargestellt werden können.
2. Dafür sollen schon veröffentlichte, in Vorbereitung befindliche Ratsvorlagen, Bebauungspläne und ähnliches mit Schlagworten versehen, georeferenziert und in einer Karte anschaulich nach Stadtteilen und Straßen sortiert werden.
3. Die Aufarbeitung ist auf der Homepage der Stadt anschaulich zu zugänglich zu machen.

**zu 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Salzfest und zu den Handels Open zu Veranstaltungen auf dem Marktplatz und Hallmarkt
Vorlage: V/2012/10586**

Herr Kley, FDP-Fraktion, wies kurz darauf hin, dass es jetzt aufgrund der Beschlussfassung im Wirtschaftsausschuss, wie im letzten Hauptausschuss besprochen, eine geänderte Fassung des Antrages gäbe.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bestehende Verträge **zu Veranstaltungen auf dem Marktplatz und dem Hallmarkt**, die den **folgenden** Kriterien nicht entsprechen, anzupassen.

Gemäß nachfolgendem Schema wird über Anträge auf Gebührenerlass entschieden:

Die Satzungen der Stadt Halle (Saale) geben die Möglichkeit, von einer Gebühr abzusehen bzw. diese zu reduzieren, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt.

Begriffsbestimmungen:

Ein öffentliches Interesse/überwiegendes öffentliches Interesse liegt vor, wenn das Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) größer ist als das private Interesse. Es handelt sich demnach um Veranstaltungen, die dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) dienen. Dies können Veranstaltungen sein, die unmittelbar mit der Stadt Halle (Saale) verknüpft sind und überregionale Bedeutung haben. In jedem Fall bedarf es einer Einzelfallentscheidung, die aktenkundig zu machen ist.

Gewinnerzielungsabsicht bedeutet, dass bei der ausgeübten Tätigkeit oder dem Vorhaben, die Absicht besteht, einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben zu erzielen.

Wichtung der Kriterien zur öffentlichen Interessenabwägung:

1. Keine Gewinnerzielungsabsicht
(bei Vorlage der entsprechenden Nachweise) bis zu 30 v. H.
2. Touristische und gesellschaftliche Bezüge,
überregionale Wahrnehmung (Image und Evaluierung durch bis zu 30 v. H.
fachliche Einschätzung SMG bzw. bei kulturellen Veranstaltungen
durch Kulturbüro)
3. Wirtschaftliche und wissenschaftliche Bezüge direkt zu Halle bis zu 20 v. H.
4. Ausstrahlung, Medienpräsenz, Unterstützung der
stadtpolitischen Ziele (Evaluation über Pressespiegel o.ä.) bis zu 20. v. H.

Treffen alle 4 Kriterien zu, kann die Nutzungsgebühr zu 100% erlassen werden.

Die Möglichkeit, bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses an der Veranstaltung, von der Erhebung einer Gebühr ganz oder teilweise abzusehen, besteht nicht nur hinsichtlich der Nutzungsgebühr, sondern auch im Hinblick auf die Verwaltungsgebühr.

Besteht zwar ein öffentliches Interesse an der Amtshandlung, lässt dieses aber das öffentliche Gebühreninteresse nicht vollständig zurücktreten, kommt lediglich eine Gebührenreduzierung bis maximal zur Mindestgebühr in Betracht.

Da die Erteilung einer Genehmigung in jedem Fall Verwaltungsaufwand verursacht, sind entsprechend der Gebührengrundsätze des Verwaltungskostengesetzes (§ 3) Verwaltungsgebühren zu erheben, mindestens jedoch 30,00 Euro. Weiterberechnungskosten (z.B. Strom und Anschluss) können nicht erlassen werden.

Katalog für gebührenbefreite Institutionen

Von der Entrichtung der Nutzungsgebühr sind befreit: die Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften, karitative Verbände und gemeinnützige Organisationen, sofern die Sondernutzung unmittelbar der Durchführung einer parteilichen, gewerkschaftlichen, religiösen, karitativen oder gemeinnützigen Aufgabe dient und nicht ihre wirtschaftlichen Unternehmen betrifft.

zu 7.10 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Ausschilderung der Händelgarage Vorlage: V/2012/11273

Herr Kley, FDP-Fraktion, regte an, über die beiden Satzteile des Beschlusses getrennt abzustimmen. Zum einen ginge es um die ordnungsgemäße Ausschilderung der Händelgarage und zum anderen um die Zufahrt von Norden.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, merkte dazu an, dass das Schild für die Zufahrt zur Händelgarage bestellt sei, aber da die Lieferung erst Ende März erfolge, könne es dann erst aufgestellt werden.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE, erklärte sein Unverständnis darüber, dass der Beschlusstext geteilt werde und plädierte für die Ablehnung des Antrages.

Dazu äußerte sich **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, dahingehend, dass die Zufahrt zur Tiefgarage ermöglicht werden müsse. Es gäbe eine Vielzahl von Möglichkeiten, von Norden zur Tiefgarage zu gelangen.

In Bezug auf den Standort der Tiefgarage merkte **Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, an, dass dieses Parkhaus eine städtebauliche Katastrophe sei und der Bau nicht gewollt war, aber der damalige Investor die Stadt erpresst hätte. Ebenso wies er darauf hin, dass es auch jetzt schon möglich wäre, die Tiefgarage anzufahren.

Wie von Herrn Kley am Anfang der Diskussion vorgeschlagen, bat **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, um eine getrennte Abstimmung der beiden Sätze des Beschlusstextes.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung

Satz 1: mehrheitlich zugestimmt
23 Ja-Stimmen

16 Nein-Stimmen
11 Enthaltungen

Satz 2: mehrheitlich abgelehnt

Beschluss:

Die Stadt schildert die Zufahrt zur Händelgarage ordnungsgemäß und gut sichtbar aus. ~~Weiterhin garantiert die Stadt, dass aus nördlicher Richtung die Garage im Händelhaus dauerhaft auf kurzem Weg angefahren werden kann.~~

**zu 7.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umstrukturierung der Stadtmarketing GmbH
Vorlage: V/2012/11287**

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, führte aus, dass die Stadt 95 % der Zuschüsse an die Stadtmarketing GmbH zahle, aber nur einen Gesellschafteranteil in der Gesellschafterversammlung von 55 % habe und damit der Gesellschaftervertrag die städtischen Zuschüsse nicht adäquat abbilde. Aus diesem Grund wurde der Antrag zur Prüfung gestellt, wie die Gesellschafterstruktur der Stadtmarketing GmbH verändert werden könne.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt eine Umstrukturierung der Stadtmarketing Halle GmbH unter Berücksichtigung rechtlicher und steuerliche Aspekte zu prüfen, mit dem Ziel einen angemessenen kommunalen Einfluss der Stadt Halle (Saale) auf die Steuerung der Gesellschaft zu gewährleisten. Dem Stadtrat sind in seiner Sitzung im ~~Februar~~ **April** 2013 die Prüfergebnisse und ein entsprechender Vorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.
- ~~2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beauftragt den Gesellschaftervertreter der Stadt Halle der Stadtmarketing Halle GmbH einer Ausschreibung zur Neubesetzung der Personalstelle der Geschäftsführung des Unternehmens vor einer entsprechenden Beschlussfassung zur Umstrukturierung nicht zuzustimmen.~~

**zu 7.12 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Rückbenennung des Mühlwegviertels
Vorlage: V/2012/11275**

Herr Kley, FDP-Fraktion, wies darauf hin, dass dieser Antrag seiner Fraktion ein Anstoß für ein Gesamtkonzept der Stadt sei. Da auch schon von der SPD der Antrag für das Universitätsviertel vorliege, beweise dies eine positive Entwicklung der Zugehörigkeit der Hallenser mit der Stadt und mit dem jeweiligen Umfeld.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadt Halle (Saale) wird gebeten, in ihren Stadtplänen und offiziellen Dokumenten den als Mühlwegviertel bekannten Teil der nördlichen Innenstadt Halles zukünftig als „Mühlwegviertel“ zu bezeichnen.

zu 7.13 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer kommunalen Richtlinie für die Kindertagespflege Vorlage: V/2012/11282

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilte mit, dass im Jugendhilfeausschuss dem Antrag einstimmig zugestimmt wurde und es auch eine positive Stellungnahme der Verwaltung dazu gäbe. Mit einer kommunalen Richtlinie werde beabsichtigt, die Eltern über das Betreuungsangebot der Kindertagespflege zu informieren. Gleichfalls könnten sich die Tagesmütter und Tagesväter Klarheit über Voraussetzungen des Angebotes einer Betreuungsmöglichkeit verschaffen.

Sie wies darauf hin, dass der Beschlusstext entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung noch einmal geändert und eine Vorlage der Richtlinie bis zum Juni 2013 beantragt wurde.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt einen Entwurf für „Richtlinien zur Kindertagespflege“ zu erarbeiten und dem Stadtrat spätestens im **Juni** 2013 zur Beschlussfassung vorzulegen. Im Zuge der Erarbeitung soll zudem geprüft werden, inwieweit die Voraussetzungen, die derzeit an die Inanspruchnahme eines Tagespflegeplatzes gestellt werden, aufgehoben werden können. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat zusammen mit dem Entwurf der Richtlinie vorzulegen.

Die Richtlinie soll u.a. berücksichtigen:

- a) Hinweise auf gesetzliche Rahmenbedingungen
- b) Anforderung an Tagespflegeperson und –stelle
- c) Vertretungsregelung
- d) Finanzierung
- e) Beitragsregelung für Eltern
- f) Konzept zur Qualitätsentwicklung und –überwachung

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) - Anpassung der Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel" Vorlage: V/2013/11464

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, erläuterte ihren Antrag dahingehend, dass es lange zurückliege, dass eine Erhöhung der Honorare am Konservatorium gegeben hätte. Sie wies darauf hin, dass ihre Fraktion ursprünglich den Antrag in den Kulturausschuss und in den Finanzausschuss verweisen wollte, doch jetzt mit der Empfehlung der Stadt, den Antrag so anzunehmen und den Vorschlag dann in den entsprechenden Ausschüssen zu beraten, könne man darüber beschließen.

Auch **Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, sprach sich für eine gute Bezahlung bei guter Ausbildung aus und verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Kulturausschuss.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, begrüßte das Anliegen des Antrages, erinnerte aber auch daran, dass es an der Volkshochschule ein ähnliches Problem gäbe und man im Kulturausschuss gleich mit beraten könne, auch dort die Honorarsätze anzugleichen. Des Weiteren wies er darauf hin, dass der Vorschlag zur Deckung der Finanzierung – nicht verbrauchte Mittel aus 2012 in 2013 mitzunehmen - nicht machbar sei und deshalb der Antrag auch in den Finanzausschuss verwiesen werden muss.

Herr Kley, FDP-Fraktion, äußerte sein Erstaunen über die vorgeschlagenen Finanzierungsmöglichkeiten und wies darauf hin, dass es dann auch einer Änderung des Haushaltes 2013 bedürfe. Weiterhin gab er zu bedenken, durch Stadtratsbeschluss Honorarsätze festzulegen.

Herr Kley wies darauf hin, dass mit Ratsbeschluss die Honorarsätze und Gehälter beschlossen werden sollen und führte weiterhin aus, dass man in der Vergangenheit gut damit gefahren sei, dass die Einrichtungen das in eigener Zuständigkeit lösen. Natürlich werde man eine vernünftige Bezahlung anregen, damit die Honorarkräfte wenigstens gleichgestellt werden mit denen an privaten Musikschulen. Er fügte hinzu, dass sich an den privaten Musikschulen die Bürger entsprechend beteiligen und die Honorarsätze damit ausfinanziert werden können und wies darauf hin, dass erst mal innerhalb des Konservatoriums Potential gefunden werden muss.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim zur Volkshochschule wies **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, darauf hin, dass dazu ein Änderungsantrag gestellt und die genannten Probleme institutionsbezogen betrachtet werden müssen.

Er führte weiterhin aus, dass der Finanzierungsvorschlag von der CDU-Fraktion darauf abzielen könne, dass auch 2013 diese 40.000 Euro nicht ausgeschöpft werden und er dazu Erläuterungen von der Verwaltung erwarte. Es müsse auch noch geklärt werden, welche Honorarsätze als Vergleich herangezogen werden sollen.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stimmte im Namen seiner Fraktion ausdrücklich dem Anliegen des CDU-Antrages zu. Allerdings werden auch die Probleme gesehen, dass es Auswirkungen auf den Haushalt gäbe und im Rahmen der Haushaltsberatungen dazu noch einmal diskutiert werden müsse.

Er widersprach aber Herrn Kley dahingehend, dass es schon notwendig wäre, sich im Stadtrat ganz konkret mit diesen Honorarsätzen zu beschäftigen. Er halte es für dringend erforderlich, für das Konservatorium eine Honorarordnung zu erstellen, wo genau festgelegt sei, welche Honorarkräfte, in welchen Bereichen, wie bezahlt werden.

Herr Wehrich bat die Verwaltung um eine schriftliche Zuarbeit dazu, damit diese als Grundlage in den Haushaltsberatungen diskutiert werden könne.

Abschließend äußerte sich **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, dahingehend, dass die Honorare lt. Aussage von Herrn Effner-Jonigkeit im Ausschuss vor 1998 das letzte Mal angepasst worden sind.

Er wies darauf hin, dass im Haushalt regelmäßig Haushaltsausgabereste für den Bereich des Konservatoriums zwischen 20.000 Euro und 30.000 Euro zur Verfügung gestellt wurden.

Als letztes merkte **Herr Beigeordnete Kogge** an, dass für den Honorarsatz, der zurzeit am Konservatorium gezahlt werde, kein gutes Personal zur Verfügung stehe und dann die notwendigen Stunden im Bereich des Konservatoriums nicht mehr abgedeckt werden können.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**
durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion
in den
Kulturausschuss
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE.
in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Voraussetzungen für eine Anpassung der Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums „Georg Friedrich Händel“ an vergleichbare kommunale Musikschulen zu schaffen und eine entsprechende Erhöhung umzusetzen.

zu 8.2 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung der Prüfungsfeststellung/ -empfehlung zur Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2011 - hier: Trainingsschwimmhalle Robert-Koch-Straße
Vorlage: V/2013/11444**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Die Verwaltung berichtet in der Sport- und Rechnungsprüfungsausschusssitzung März 2013 zur Umsetzung der Prüfungsfeststellung 5.4.4. Trainingsschwimmhalle Robert-Koch-Straße aus dem Beschluss des Stadtrates „Feststellung der Jahresrechnung 2011 und Entlastung der Oberbürgermeisterin“. (Vorlagen-Nr.: V/2012/10916)

zu 8.3 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung
– Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: V/2013/11473**

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, schlug vor, dass der Stadtrat nicht nur eine Informationsvorlage zur Kenntnis nehmen, sondern hierzu einen Maßnahmenplan beschließen solle. Damit würde sich die Verbindlichkeit des Kinderarmutsberichtes erhöhen. Sie wies weiter darauf hin, dass zu diesem Thema eine jährliche Verständigung im Stadtrat erfolgen müsse.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE, stimmte den Ausführungen von Frau Krausbeck inhaltlich zu und stellte dar, dass sie in der Stellungnahme der Verwaltung eine Option zur Umsetzung sehe und appellierte an die Stadträte auf Zustimmung des Antrages.

Dazu äußerte sich **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, dahingehend, dass es ein Armutszeugnis sei, dass dieser Antrag überhaupt gestellt werden müsse, denn mit dem Bericht gebe es auch Maßnahmen und eine Handlungsempfehlung. Die Frage sei jetzt, inwieweit finanzielle Mittel für die Umsetzung der Maßnahmen zur Verfügung stünden. Ihre Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Herr Müller, CDU-Fraktion, erinnerte an den Sozialausschuss, wo dieser Teilbericht Kinderarmut vorgestellt wurde und stellte fest, dass die dort genannten Maßnahmen nicht evaluiert werden können. Aus diesem Grund werde dem Antrag zugestimmt, in der Hoffnung, dass der jetzt zu erstellende Maßnahmenplan konkreter werde und eine Überprüfbarkeit der einzelnen Punkte stattfinden könne.

Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion, verwies den Antrag im Namen ihrer Fraktion in den Jugendhilfeausschuss und in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss. Sie informierte, dass der Bericht im Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis genommen wurde und durch die Verweisung des Antrages soll dieser jetzt gemeinsam mit dem Vorschlag der Verwaltung diskutiert werden.

Gleichfalls verwies **Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, den Antrag in den Bildungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**
durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion
in den
Jugendhilfeausschuss,
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den
Bildungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum III. Quartal 2013 auf der Grundlage der Handlungsempfehlungen der 2. Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut einen vom Stadtrat zu beschließenden Maßnahmenplan gegen Kinderarmut vorzulegen.
2. Über die Umsetzung der Maßnahmen wird jährlich im Jugendhilfeausschuss und Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss in Form eines Berichtes durch

die Verwaltung informiert. Die Stadtverwaltung analysiert darin weiterhin die Wirksamkeit der Handlungsempfehlungen und die Qualität der Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Akteuren.

zu 8.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt
Vorlage: V/2013/11461

Herr Sprung, CDU-Fraktion, stimmte dem Vorschlag prinzipiell zu, wies aber auch darauf hin, dass es nicht zielführend wäre, jeden Stadtteil einzeln zu besprechen und wies darauf hin, dass im letzten Planungsausschuss die Anregung gegeben wurde, eine Übersicht über die gesamte Stadt zu erstellen.

Aus diesem Grund verwies **Herr Sprung** den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Planungsausschuss und in den Kulturausschuss und gab die Anregung, dass es doch ein schöner Anlass für die zukünftige Arbeitsweise wäre, schon während der Entscheidungsfindung oder der Konzepterstellung die Bürger mit anzufragen.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, stimmte dem Ansinnen von Herrn Sprung zu, diese Thematik zu vertagen und in die Ausschüsse zu verweisen.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich zu dem Antrag dahingehend, dass er die Abgrenzung des Gebietes nicht für richtig halte und es sinnvoller wäre, sich mit der gesamten Stadtkarte auseinanderzusetzen.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, wies darauf hin, dass das Ziel des Antrages die Findung eines geeigneten Verfahrens zur Namensfindung des Stadtviertels sei und er deshalb die Verweisung nicht für notwendig erachte. Es gehe lediglich darum, auf welchem Weg man zu einem Namen komme und dann wäre es auch sinnvoller, dieses Verfahren auf alle künftigen zu beurteilenden Viertel anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten,
Kulturausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, ein geeignetes Verfahren zur Namensfindung für jenes Stadtviertel nördlich der Altstadt zu finden, welches von den Straßen Geiststraße, Universitätsring, Joliot-Curie-Platz, Große Steinstraße, Steintor, Ludwig-Wucherer-Straße, Reileck und Bernburger Straße begrenzt wird. Dabei soll gegebenenfalls auf die Erfahrungen bei der Namensfindung für das Medizinerviertel zurückgegriffen werden.

zu 8.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschilderung in der Dölauer Heide
Vorlage: V/2013/11462

Herr Krause, SPD-Fraktion, war der Meinung, dass es dringend notwendig wäre, eine Beschilderung in der Dölauer Heide zu veranlassen und bat um Zustimmung zu diesem Antrag.

Im Namen seiner Fraktion unterstützte **Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, den Antrag und stellte gleichzeitig die Frage an die Verwaltung, wie es um die Ausschilderung des Saale-Rad-Wanderweges stehe. Dort gäbe es auch einen Beschluss mit dem Versprechen der Beschilderung, aber seines Wissens sei die Umsetzung noch nicht erfolgt.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte zu diesem Thema eine schriftliche Antwort zu.

Herr Kley, FDP-Fraktion, brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass der Antragsteller seinen Antrag nicht begründet habe. Und da ihm nicht klar sei, wer die Schilder herstellen und dort anbringen werde, bat er um eine Antwort der SPD-Fraktion dazu im Planungsausschuss. Gleiches gelte für die Fragen zur Gestaltung der Schilder und die Kosten. Hierzu erwarte er im Planungsausschuss eine Antwort durch die Verwaltung.

Herr Beigeordneter Stäglin sicherte eine Beantwortung der Fragen durch die Verwaltung im Planungsausschuss zu.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Beschilderung zur Wegweisung durch die Dölauer Heide wird bis zum Beginn des Sommers erneuert.
2. Die Stadtverwaltung prüft, inwieweit diese Maßnahme durch geeignete Institutionen in der Stadt durchgeführt werden kann.

zu 8.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Parkplatzsituation im Paulusviertel
Vorlage: V/2013/11463

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, erläuterte den Antrag dahingehend, dass es darum ginge, Überlegungen anzustellen, welche Möglichkeiten es gäbe, dass die Bewohner ihr Auto irgendwo abstellen können. Kritisch merkte er aber auch an, dass die Bewohner auch Angebote annehmen sollten, welche das Stadtviertel entlasten und sprach in diesem Zusammenhang das nicht mehr existierende Parkhaus an, welches nicht ausreichend genutzt wurde.

In diesem Zusammenhang wies **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, darauf hin, dass z. B. am Rathenauplatz von Montag bis Freitag zwischen 7 und 18 Uhr Parkverbot sei. Begründung dafür sei der dortige Spielplatz. Dazu stellte **Herr Häder** fest, dass man am Wochenende, wenn der größte Betrieb auf dem Spielplatz wäre, dort

parken dürfe. Diese Verfahrensweise könne er nicht nachvollziehen und er bat die Verwaltung, dies mit in die Überlegungen einzubeziehen.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass seine Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen werde, da das Paulusviertel durch die vielen Autos an Attraktivität verlöre. Es gäbe zwar ein deutliches Problem mit dem zunehmenden Parkdruck in diesem Viertel, es müssen aber andere Lösungen gefunden werden, die nicht einseitig nur auf den Autoverkehr ausgerichtet seien.

Herr Dr. Wend wies noch einmal darauf hin, dass auch auf die Bewohner des Viertels Rücksicht genommen werden müsse, welche aus den unterschiedlichsten Gründen ein Auto haben und dies dann auch abstellen müssen.

Dazu äußerte sich **Herr Krause, SPD-Fraktion**, dahingehend, dass im Paulusviertel eine akute und zum Teil gefährliche Situation herrsche, was den ruhenden Verkehr angehe und dieser Antrag die Bewohner entlasten solle.

Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion, plädierte darauf von Fachleuten prüfen zu lassen, ob durch eine veränderte Verkehrsführung eine Entlastung möglich wäre.

Dazu teilte **Herr Wehrich** noch einmal mit, dass ihm schon bekannt sei, dass es ein Parkplatzproblem im Paulusviertel gebe, jedoch halte er den Weg, der im Antrag aufgezeigt werden, nicht für richtig. Er könne sich auch nicht vorstellen, dass eine veränderte Verkehrsführung zielführend wäre.

Weiterhin führte er dazu aus, dass die Lebensqualität im Paulusviertel gesenkt werde, sollten noch zusätzlich mehr Autos in diesem Viertel parken können und noch mehr städtischer Raum verloren gehen. Aus diesen Gründen werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zu prüfen, inwiefern es Verbesserungsmöglichkeiten für die angespannte Parkplatzsituation im Paulusviertel gibt. Hierbei sollte auf Basis der durch die Stadtverwaltung 2012 durchgeführten Bestandsaufnahme unter anderem geprüft werden, inwiefern eine Erhöhung der Zahl an Parkmöglichkeiten durch veränderte Verkehrsführungen und eine bessere Nutzung der vorhandenen Parkräume möglich ist. Dabei sollen auch vergleichbar gelagerte gelungene Problemlösungen aus anderen Städten betrachtet werden.

**zu 8.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Umsetzung von Mitgliedern in den Ausschüssen
Vorlage: V/2013/11435**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat entsendet Herrn Gerry Kley als Mitglied in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.
2. Der Stadtrat entsendet Herrn Andreas Hajek als Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss und den Betriebsausschuss Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement.
3. Der Stadtrat entsendet Frau Beate Fleischer als Mitglied in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten und den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

zu 8.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Parken auf überbreiten Bürgersteigen Vorlage: V/2013/11436

Herr Kley, FDP-Fraktion, erläuterte den Antrag seiner Fraktion und stellte dar, dass es allgemein Probleme in der Stadt gebe, die Fahrzeuge zu parken. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass zum Antrag betreffs des Paulusviertels Herr Baubeigeordneter Stäglin die Zustimmung gewünscht habe, aber der Antrag seiner Fraktion durch den Oberbürgermeister als unzulässig beantwortet wurde und er bat um eine einheitliche Vorgehensweise zu diesem Thema.

Herr Kley wies weiter darauf hin, dass der Antrag seiner Fraktion die Prüfung von Möglichkeiten des Parkens auf Bürgersteigen beinhalte, um die Parkplatznot zu entspannen.

Zu diesem Thema äußerte sich **Herr Misch, CDU-Fraktion,** dahingehend, dass es jedem Stadtrat freigestellt sei, auch mal Entscheidungen der Verwaltung im übertragenen Wirkungskreis in Zweifel zu ziehen und eine erneute Prüfung zu beauftragen. Auch wies er darauf hin, dass bereits die Verwaltung und der Vorsitzende dafür zu sorgen habe, dass unzulässige Anträge nicht in den Rat kommen.

Aus diesem Grunde könne er die Antwort des Oberbürgermeisters nicht nachvollziehen, da es hier um die Bitte einer Prüfung gehe.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, konnte dem Antrag der FDP-Fraktion nur in dem einen Punkt zustimmen, dass die Fußwege in den genannten Stadtgebieten breit wären. Jedoch sei die Mehrzahl der dort vorhandenen Bürgersteige mit kleinteiligem Pflaster ausgeführt und die Wege seien schon jetzt durch das unrechtmäßige Parken massiv geschädigt. In dem genannten Bereich gäbe es nur sehr wenige Fußwege, wo es unproblematisch wäre, zu parken. Schon jetzt würden rechtswidrig die Fahrzeuge nahe an den Baumscheiben stehen und er könne mit dem Antrag der FDP keine wirkliche Entlastung in diesem Gebiet erkennen.

Wenn ein solcher Antrag gestellt werde, müsste auch gleichzeitig ein Vorschlag gemacht werden, wie entsprechend dazu die Gegebenheiten baulich so zu verändern sind, dass ein Parken an diesen Stellen möglich und wie dies zu finanzieren sei.

Darüber hinaus stellte **Herr Feigl** fest, dass die Intentionen des Stadtrates in die Richtung gehen sollen, dass weiterhin der öffentliche Nahverkehr gestützt werde, und dass auf alternative Lösungen, wie z. B. teilAuto zurückgegriffen werde, um den Parkdruck an diesen

Stellen zu minimieren. Aus diesen Gründen bat Herr Feigl darum, den Antrag abzulehnen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wies auf die Stellungnahme der Verwaltung hin und führte dazu aus, dass mit der Aussage der Verwaltung, dass die Voraussetzungen bei vorhandenen überbreiten Gehwegen und hohem Parkdruck geprüft werden, genau der Forderung des Antragstellers entspreche und seine Fraktion diesem Prüfauftrag zustimmen werde.

Zu den Ausführungen von Herrn Kley und Herrn Misch stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** fest, dass zu unterscheiden sei zwischen der Antwort von Herrn Stäglin, da der Antrag sich auf Straßenplanungsrecht bezog und seiner Antwort, bei welcher es um Straßenverkehrsrecht ginge. Insoweit gäbe es hier eine erhebliche Unterscheidung und er fügte hinzu, dass die Verwaltung bei der abgegebenen Stellungnahme bleibe.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
28 Ja-Stimmen
21 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschluss:

Die Stadtverwaltung prüft das Parken auf überbreiten Bürgersteigen, z.B. durch Umschilderung.

zu 8.9 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Zweirichtungsverkehr in der Mansfelder Straße
Vorlage: V/2013/11437

Herr Kley, FDP-Fraktion, begründete den Antrag seiner Fraktion mit der Bitte um Prüfung, die Mansfelder Straße wieder für den Zweirichtungsverkehr zu öffnen.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE, stellte dazu folgende Frage an die Verwaltung:

Wie sollen jetzt die Autofahrer reagieren, wenn sie an der im Antrag geforderten Stelle in die Straße einfahren und dann nicht den Parkplatz nutzen wollen? Dann stehe dort das Verbotsschild zur Weiterfahrt. Müssen die Autofahrer dann zurückfahren?

Des Weiteren wies er darauf hin, wenn die Mansfelder Straße wieder für den Autoverkehr geöffnet werde, gäbe es eine erhebliche Gefährdung des dortigen Radverkehrs.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, wies darauf hin, dass er das Prüfergebnis nicht vorweg nehmen könne und in der Stellungnahme der Verwaltung eine Abstimmung mit der Polizei und der HAVAG formuliert sei.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung prüft die Einrichtung des Zweirichtungsverkehrs in der Mansfelder Straße von der Klausbrücke bis zum Parkplatz zwischen der Mansfelder Straße 60 und der Mansfelder Straße 66.

zu 8.10 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum bewirtschafteten Parken
Vorlage: V/2013/11439

Herr Kley, FDP-Fraktion, merkte an, dass mit diesem Antrag ein Vorschlag unterbreitet werde, wie man Diejenigen, die ordnungsgemäß in der Stadt ihre Fahrzeuge auf den ausgewiesenen Parkplätzen abstellen möchten, die Bezahlung erleichtern könnte.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, stellte dazu fest, dass lt. Antwort der Verwaltung eine Prüfung dazu schon erfolgt sei und er stellte deshalb den Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung.

Abstimmungsergebnis:

erledigt

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion
MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung prüft die Möglichkeit, zukünftig das Bezahlen per Mobiltelefon als zusätzliches Angebot zur Nutzung des Parkscheinautomaten für das bewirtschaftete Parken in der Stadt Halle (Saale) zu ermöglichen.

zu 8.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Eröffnung der
Grundschule Glaucha
Vorlage: V/2013/11459

zu 8.11.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN zur Eröffnung der Grundschule Glaucha, V/2013/11459
Vorlage: V/2013/11504

Herr Wehrich , Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, informierte, dass der Hintergrund des Antrages die Information des Beigeordneten Herrn Kogge in der Beigeordnetenkonferenz am 05.03. war, dass das Landesschulamt die Eröffnung der Grundschule Glaucha nicht genehmigt habe. Aus Sicht seiner Fraktion sei eine Verschiebung des Eröffnungstermins der Grundschule nicht hinnehmbar, da in diesem Bereich stark steigende Schülerzahlen vorhanden wären.

Des Weiteren wies er darauf hin, dass der Rat schon am 01.08.2012 beschlossen habe, eine neue Grundschule in diesem Bereich einzurichten. Seitdem gebe es einen klaren und eindeutigen Auftrag zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses.

Er könne deshalb nicht verstehen, dass jetzt die Verwaltung mit dem Vorschlag käme, die Eröffnung der Grundschule um ein Jahr zu verschieben.

Herr Wehrich führte weiterhin aus, dass es keine Auskünfte von Seiten der Verwaltung dazu gab, welche Kosten zur Ertüchtigung einer Grundschule notwendig seien, auch fehle eine Haushaltsstelle im Haushalt 2013.

Aus dem Schreiben des Landesschulamtes informierte **Herr Wehrich**, dass darin Bedenken aufgelistet wurden, die einer Eröffnung der Grundschule entgegenstünden. In diesem Sinne fragte er an, warum sich die Verwaltung nicht detailliert mit den dort vorgebrachten Bedenken auseinandersetze und mit Nachdruck an der Lösung des Problems arbeite und stattdessen die Eröffnung der Grundschule auf frühestens 2015/2016 verschieben wolle.

Herr Wehrich zitierte aus der Stellungnahme von Herrn Beigeordneten Kogge, dass das Landesschulamt verlange „eine Bereitstellung eines sanierten bzw. vollfunktionsfähigen Schulgebäudes“ und führte dazu aus, dass in dem Schreiben des Landesschulamtes lediglich auf die fehlende Brandschutzgrundsicherung und fehlende Mängel bezüglich sanitärer Anlagen, Garderobe und Schülerspeisung aufmerksam gemacht wurde.

Er äußerte weiterhin, dass die Verwaltung ihre Hausaufgaben machen müsse und es eine klare Beschlusslage gebe, die umzusetzen sei. Die notwendigen Kosten sollten so schnell wie möglich ermittelt werden, damit die Grundschule in Betrieb gehen kann.

Herr Wehrich bat die Stadträte um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion zur Bestätigung der schon vorhandenen Beschlusslage und wies noch einmal darauf hin, dass für die Schaffung der Grundlagen und die Umsetzung des Ratsbeschlusses die Verwaltung zuständig sei.

Zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion führte **Herr Wehrich** aus, dass seine Fraktion dem zustimmen werde, bat aber auch darum, dass die Passagen im Hinblick auf die Interimslösung des Künstlerhauses 188 herausgenommen werden.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, erläuterte zum Änderungsantrag seiner Fraktion, zum Punkt 1, dass schnellstmöglich „zeitnah“ definiert werde. Punkt 2 werde beibehalten und zu Punkt 3 bat er zu beachten, dass mit „Interimslösung“ nicht „dauerhaft“ gemeint sei.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, brachte zum Ausdruck, dass die Realität so sei, dass die Eröffnung der Grundschule in diesem Jahr nicht mehr machbar wäre. Selbst wenn im März der Haushalt beschlossen werden sollte, sei es nicht mehr möglich, bis zum Schuljahresbeginn die Glauchaschule so zu ertüchtigen, dass ein Schulbetrieb aufgenommen werden könne.

Er könne aber dem CDU-Antrag zum ersten Punkt auf jeden Fall zustimmen. Auch dem Vorschlag, noch andere Gebäude zu prüfen.

Herr Lange verwies auf die maßgebliche Verantwortung des Herrn Beigeordneten Kogge zu diesem Thema und erinnerte an eine Ausschusssitzung zur Schulentwicklungsplanung, in welcher auf fehlendes Geld für die Planung zur Glauchaschule hingewiesen, aber 12 Stunden später darüber informiert wurde, dass es 800.000 Euro für die Planung gebe.

Zudem wies **Herr Lange** darauf hin, dass in den Haushaltsberatungen im Januar 2013 Herr Beigeordnete Kogge keine konkreten Zahlen für die Planung der Glauchaschule vorlegen konnte, aber einige Tage später in einem Zeitungsinterview Herr Beigeordnete Kogge von einer Summe von 4,5 Mio. Euro für die Glauchaschule sprach.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, merkte dazu an, dass von der Verwaltung der Vorschlag kam, die Glauchaschule wieder ans Netz zu bringen, weil festgestellt wurde, dass die Johannesschule überlastet sei. Dann habe man eine kleinste Variante vorgeschlagen, mit 2 – 3 Klassen und dann einen weiteren stufenweisen Ausbau. Dieser Variante sei das Landesschulamt nicht gefolgt.

Herr Beigeordneter Kogge wies weiter darauf hin, dass lt. Stellungnahme des Landesschulamtes auch die viermonatige Doppelnutzung für den Hort und die Grundschule nicht tragbar sei, ebenso die Frage der Toilettenanlage im ersten Stock bzw. außerhalb.

Er machte deutlich, dass nicht nur die Verwaltung in Verantwortung zu nehmen sei, da von vornherein klar war, dass der Haushalt nicht alle Planungsmittel enthalten könne, da nicht mehr Geld zur Verfügung stand.

Abschließend führte **Herr Beigeordneter Kogge** aus, dass entscheidend sei, dass an der

jetzigen Stelle der Planung nicht weiter geschoben werde und er bat um die Mithilfe und Unterstützung der Stadträte, denn ohne Geld gehe es nicht weiter für die Glauchaschule.

In Bezug auf das Interview äußerte sich **Herr Beigeordneter Kogge** dahingehend, dass es auch wichtig sei, die Bürger zu informieren und in die Entscheidungen mit einzubeziehen und er das Interview in seiner Grundtendenz an sich nicht für falsch halte.

Frau Raab, FDP-Fraktion, stellte dazu fest, dass der Vorschlag, die Grundschule Glaucha ans Netz zu nehmen zwar aus der Verwaltung kam und vom Bildungsausschuss mit einer breiten Zustimmung mitgetragen wurde, aber leider zu keinem Zeitpunkt das Signal vom Beigeordneten dazu kam, dass es im Haushaltsplan nicht umgesetzt werden könne. Und die jetzige Einforderung der Mithilfe durch die Stadträte hätte schon viel früher erfolgen müssen.

Frau Raab führte weiterhin aus, dass in der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN davon ausgegangen werde, dass die Inbetriebnahme der Glauchaschule erst 2015/2016 realistisch sein würde. Aus diesem Grund appellierte sie dafür, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag mit der Aussage „zeitnah ein Konzept“ dahingehend präzisiere, dass die Schule nicht erst 2015/16, sondern schon 2014/2015 wieder ans Netz gehe.

Herr Wehrich äußerte sich noch einmal zur Aussage des Landesschulamtes, dass eine Inbetriebnahme der Schule im Moment nicht genehmigungsfähig sei. Insofern sei die Stadt jetzt aufgefordert, Konkretisierungen vorzulegen. Sie müsse deutlich machen, was an diesem Standort geplant sei und was das letztendlich koste.

Herr Wehrich führte aus, dass er die Anregungen von Frau Raab aufgreifen werde und bat darum, dass der letzte Halbsatz in Punkt 1 des Antrages seiner Fraktion noch übernommen und an den Änderungsantrag der CDU-Fraktion angefügt werde, der lautet: „so dass die Grundschule im Schuljahr 2014/2015 in Betrieb gehen kann.“

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, äußerte sein Unverständnis über die Ausführungen von Herrn Beigeordneten Kogge machte deutlich, dass die Verantwortung sehr wohl beim Beigeordneten liege, da ein Beschluss gefasst aber die Aufgabe von der Verwaltung nicht erledigt worden sei.

Herr Wolter unterstellte Herrn Beigeordneten Kogge, dass der Antrag für das Landesverwaltungsamt nicht mit der nötigen Sorgfalt vorbereitet wurde und dass die Stadt gegenüber dem Landesverwaltungsamt den Willen des Stadtrates nicht in der angemessenen Sorgfalt verteidigt habe.

Er führte weiterhin aus, dass er erwarte, dass Herr Beigeordneter Kogge die Verantwortung dafür übernehme und sich für eine schnellstmögliche Inbetriebnahme der Glauchaschule einsetze. Insofern werde von seiner Fraktion der Änderungsantrag der CDU-Fraktion mitgetragen, damit im gemeinsamen Interesse ein Beschluss dazu gefasst werden könne.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Wolter erklärte **Herr Beigeordneter Kogge**, dass es selbstverständlich in seiner Verantwortung sei. Er informierte weiterhin, dass es mehrere Gespräche mit dem Landesschulamte gegeben habe und auch er mit der Ablehnung nicht zufrieden sei. Und da der Antrag der CDU-Fraktion versuche, eine klare Zielperspektive zu setzen, könne er dem Antrag folgend.

Daraufhin erklärte **Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, dass er der Einfachheit halber den Änderungsantrag seiner Fraktion im Punkt 1. wie folgt ergänzen wolle:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zeitnah ein Konzept zur Sanierung und

Eröffnung der Grundschule Glaucha mit einer detaillierten Kosten- und Zeitplanung vorzulegen, **damit die Grundschule Glaucha im Schuljahr 2014/2015 für die Beschulung zur Verfügung steht.**

Damit sei die Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion aufgenommen.

**zu 8.11.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Eröffnung der Grundschule Glaucha, V/2013/11459
Vorlage: V/2013/11504**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Pkt. 1 des Antrages V/2013/11459 wird durch nachfolgenden Text ersetzt:

1. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zeitnah ein Konzept zur Sanierung und Eröffnung der Grundschule Glaucha mit einer detaillierten Kosten- und Zeitplanung vorzulegen, **damit die Grundschule Glaucha im Schuljahr 2014/2015 für die Beschulung zur Verfügung steht.***

Dem Antrag wird ein Beschlusspunkt 3 hinzugefügt:

3. *Parallel dazu sind Alternativen für eine Interimsschullösung zu prüfen; z. B. Künstlerhaus 188, ehemaliges Museum in der Lerchenfeldstraße.*

**zu 8.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Eröffnung der Grundschule Glaucha
Vorlage: V/2013/11459**

geänderter Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zeitnah ein Konzept zur Sanierung und Eröffnung der Grundschule Glaucha mit einer detaillierten Kosten- und Zeitplanung vorzulegen, **damit die Grundschule Glaucha im Schuljahr 2014/2015 für die Beschulung zur Verfügung steht.**
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gegenüber dem Landesschulamt deutlich zu machen, dass eine grundsätzliche Versagung der Einrichtung des Schulstandortes nach Beschlussfassung zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung im Dezember 2011 nicht möglich ist.
3. Parallel dazu sind Alternativen für eine Interimsschullösung zu prüfen; z. B. Künstlerhaus 188, ehemaliges Museum in der Lerchenfeldstraße.

zu 8.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Visitenkartenwerbung an Kraftfahrzeugen

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erläuterte den Antrag seiner Fraktion mit der Feststellung, dass zunehmend Gewerbetreibende die Möglichkeit nutzen würden, Autofahrern unter den Scheibenwischer oder die Türgriffe Visitenkarten zu stecken, welche dann im öffentlichen Straßenraum liegen bleiben und die dann eine Vermüllung des Straßenraumes darstellen. Die Stadtverwaltung werde darum gebeten, wenn keine Sondernutzungserlaubnis dafür vorläge, konsequent dagegen vorzugehen.

In Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung, die diesen Antrag für unzulässig erklärte – da übertragener Wirkungskreis -, wies **Herr Häder** darauf hin, dass seine Fraktion dies nicht nachvollziehen könne, da mit diesem Antrag nur eine Bitte an die Verwaltung geäußert wurde.

Er appellierte trotzdem an die Stadträte, diesem Antrag zuzustimmen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, verwies darauf, dass sie öfters auch an den Autos Hinweise von Veranstaltern sehe, und fragte nach, ob diese dann auch in die Prüfung durch die Stadt einbezogen werden, oder ob dies nur gelte, wenn jemand anbiete, das Auto zu kaufen. Sie erklärte weiter, dass dieser Antrag nicht im Stadtrat thematisiert werden müsse.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird gebeten ~~aufgefordert~~,

auf die zunehmende gewerbliche „Visitenkartenwerbung“ an im öffentlichen Verkehrsraum der Stadt Halle (Saale) abgestellten Fahrzeugen dergestalt zu reagieren, dass diese - über den Gemeingebrauch hinausgehenden Sondernutzungen - bei Nichtvorliegen einer entsprechenden Sondernutzungserlaubnis in Anwendung der zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten unterbunden und Verstöße konsequent geahndet werden.

zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 9.1 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU), zur Wirtschaftlichkeit der Straßenbahntrasse entlang der Dölauer Heide
Vorlage: V/2013/11455**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf März vertagt.

**zu 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Abstimmung von Stadt- und Schulplanung
Vorlage: V/2013/11456**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.3 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU), zu den Kennzahlen der Schulen im Haushalt 2013
Vorlage: V/2013/11454

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.4 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber (Fraktion DIE LINKE.) zu den Ergebnissen des fünften ADFC-Fahrradklimatestes 2012
Vorlage: V/2013/11457

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.5 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Papierkörben in der Innenstadt
Vorlage: V/2013/11465

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.6 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Folgen des Umbau- und Neubaus im Bereich Steintor
Vorlage: V/2013/11466

Herr Krause, SPD-Fraktion, bat darum, den Punkt 2 in der Beantwortung in dem zuständigen Ausschuss noch einmal zu erörtern.

zu 9.7 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur derzeitigen Nutzung des Gebäudes der ehemaligen Begegnungsstätte SILVA
Vorlage: V/2013/11468

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.8 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Straßenquerung in der Liebenauer Straße
Vorlage: V/2013/11448

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.9 Anfrage des Stadtrates Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle) zum
Sanierungsvorhaben Einzeldenkmal „Rive-Haus“
Vorlage: V/2013/11447**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf März vertagt.

**zu 9.10 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Beantwortung von
Bürgerbriefen
Vorlage: V/2013/11452**

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte dazu bei Herrn Beigeordneten Stäglin nach, wie die Kontrolle dazu erfolgen werde. Es gäbe Hinweise von mehreren Bürgern und auch in der eigenen Fraktion wurden die Erfahrungen gemacht, dass Nachfragen nicht beantwortet worden sind.

Herr Stäglin, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, äußerte sich dahingehend, dass er nur kontrollieren könne, was in seinem Büro eingehe. Aufgrund der Anfrage wurde aber das Thema noch einmal in der Dienstberatung mit den Fachbereichen besprochen und darauf hingewiesen, dass eine Eingangsbestätigung bzw. Zwischennachricht erfolge.

**zu 9.11 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Gerichtsprozessen
Vorlage: V/2013/11453**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.12 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erstellung des
regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/11451**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.13 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Bildungs- und
Teilhabe paket
Vorlage: V/2013/11474**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur angemessenen

aufgabenbezogenen Finanzausstattung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11472

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN, äußerte sich dahingehend, dass er nicht nachvollziehen könne, dass Herr Bürgermeister Geier davon rede, dass Akzeptanz beim Städte- und Gemeindebund und bei der Landesregierung für solche Tätigkeiten vorhanden sein müsse.

Er wies darauf hin, dass die Stadt nachvollziehbar darlegen müsse, welchen Finanzbedarf sie tatsächlich habe und wie viele Kosten entstehen, um die Aufgaben zu erfüllen. Und die Stadt müsse das so nachvollziehbar begründen, dass eine Beschwerde vor dem Landesverfassungsgericht möglich wäre.

zu 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verzicht auf ein Vorkaufsrecht
Vorlage: V/2013/11460

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf März vertagt.

zu 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Auswirkungen der Änderungen der Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11470

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH an der Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH
Vorlage: V/2013/11467

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beantragung von Landesfördermitteln für Maßnahmen zur Beseitigung oder Minderung von Vernässungen sowie zur Vorbeugung gegen Vernässungen
Vorlage: V/2013/11469

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass in der Antwort der Verwaltung davon die Rede sei, dass nur für das Konzept Fördermittel beim Land beantragt werden.

In diesem Zusammenhang fragte er nach, ob bekannt sei, dass andere Kommunen mit integrieren Konzepten Fördermittel beantragen, die sowohl die Planungsphase, als auch die

Maßnahmen umfassen, ohne dass die Maßnahmen im Detail untersetzt sind. Er fragte weiter, warum das die Stadt nicht genauso mache und einen Antrag stelle mit Planung und den voraussichtlichen Kosten der Maßnahmen und dann später die Maßnahmen untersetzt mit den Planungen.

Weiterhin führte **Herr Wehrich** aus, dass die Stadt versuchen sollte, einen Antrag zu stellen, dass die Planungskosten dort beantragt werden und gleichzeitig auch die Sanierung der Brunnen mit beantragt werde, die sowieso noch weiter betrieben werden müssen. Denn unabhängig von der gewählten Variante sei klar, dass eine bestimmte Anzahl an Brunnen weiter betrieben werden muss und im Grunde genommen liegen diese Kosten schon vor. Man könnte auf jeden Fall einen Antrag stellen, der sich auf die Planung und auf die in jedem Fall zu sanierenden Brunnen bezieht.

Dazu erläuterte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass in einem nächsten Termin mit dem zuständigen Landesamt besprochen werden soll, wie mit der Antragstellung umgegangen und die weitere Vorgehensweise dargestellt werde. Sollte der Hinweis kommen, dass die meisten Gelder abgegriffen sind, wolle man deutlich machen, dass für die Stadt ein bestimmter Betrag reserviert werde, egal ob für die Variante Dichtwald oder die Variante Brunnen.

**zu 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung und Vergabe von städtischen Sporteinrichtungen
Vorlage: V/2013/11471**

Frau Krausback, Fraktion BÜNDNIS 90(DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass die Antworten der Verwaltung unzureichend seien. Es wurde gefragt, wie die Hallenzeiten, nach welchen Kriterien in der Verwaltung vergeben werden und in der Antwort der Verwaltung sei auf die Sportstättenbenutzungssatzung verwiesen worden. Dies sei nicht ausreichend und sollte noch einmal überdacht werden.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf März vertagt.

zu 10 Mitteilungen

**zu 10.1 Informationsvorlage zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Prüfung des Austritts aus dem Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalts
(V/2012/10963)
Vorlage: V/2013/11403**

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.2 Quartalsbericht Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: V/2012/11312**

Der Quartalsbericht wurde zur Kenntnis genommen.

Mitteilung von Herrn Bürgermeister Geier zur Haushaltsdiskussion

Herr Bürgermeister Geier erklärte, dass er und auch die gesamte Verwaltungsspitze es für sehr wichtig halten, zu dem zentralen Thema, wie dem Haushalt, in einem Dialog zu bleiben. Aus diesem Grund schlug er vor, dass die Verwaltung in der Finanzausschusssitzung am 05.03.2013 die Risikopositionen, die in den vergangenen Sitzungen diskutiert worden, noch einmal darstellt und auch einen Sachstand gibt, was zwischenzeitlich durch entsprechende Prüfungen alles an neuen Erkenntnissen oder an Sachlage dazu kam.

Er merkte an, dass diese Prüfungen zwar noch nicht ganz abgeschlossen sind, aber trotzdem dazu eine Information an die Stadträte gegeben werden sollte. **Herr Bürgermeister Geier** sprach sich dafür aus, dass man in einem Dialogverfahren dann über diese Punkte diskutieren sollte.

Er brachte die Erwartung zum Ausdruck, dass diese Vorgehensweise die Zustimmung der Mitglieder im Finanzausschuss finden und er sich noch im Einzelnen dazu mit dem Vorsitzenden des Finanzausschusses kommunizieren werde.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, schlug dazu vor, dass in der kommenden Fraktionsvorsitzendenrunde am 04.03.2013 das Anliegen von Herrn Geier vorgetragen werde.

Mitteilung von Herrn Misch, CDU-Fraktion, zum Stadtbad

Herr Misch teilte mit, dass seit der Sperrung der Frauenhalle des Stadtbades der bauliche Zustand des Stadtbades in den öffentlichen Fokus gerückt sei und auch schon in der letzten Stadtratssitzung darüber in einem Antrag befunden wurde.

In der Bäderbeiratssitzung sei von den Vereinen klar herausgestellt worden, dass es durch Umbelegungen große Schwierigkeiten gäbe und er zitierte wörtlich die Vereine: „Diese vorübergehenden Regelungen mit Bahnbenutzungsstundenverlegungen in andere Schwimmhallen – der Frieden unter den Nutzern besteht nur unter der Maßgabe der schnellen Sanierung der Frauenhalle“. **Herr Misch** merkte weiterhin an, dass für die Vereine die Zustände nicht mehr lange hinnehmbar seien.

Herr Misch übergab an den Oberbürgermeister eine Mappe mit 6.088 Unterschriften von Bürgern, die die Sanierung und den Erhalt des Stadtbades fordern. Von den 6.088 Unterschriften seien 640 unvollständig.

Des Weiteren wies er darauf hin, auch wenn diese Unterlagen die Überschrift Bürgerbegehren ProStadtbad hätten, dass dies kein Bürgerbegehren im Sinne der Gemeindeordnung sei.

Herr Misch übergab die Mappe mit den Unterschriften an Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand und bat ihn darum, ein paar Worte an Diejenigen zu richten, die damit ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht haben, dass das Stadtbad erhalten bleibe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bedankte sich bei Herrn Misch für die Mitteilungen und nahm die Mappe mit den Unterschriften entgegen.

Mitteilung von Herrn Dr. Meerheim , Fraktion DIE LINKE, zur kooperativen Zusammenarbeit

Herr Dr. Meerheim bezog sich auf einen Presseartikel zur Rückkehr zu einer kooperativen Zusammenarbeit von Verwaltung und Stadträten und teilte mit, dass er das Angebot des Beigeordneten für Finanzen annehme, und dass er im gegenseitigen Einvernehmen die nächste Finanzausschusssitzung zum 05.03.2013, 16:30 Uhr, einberufen werde.

In diesem Zusammenhang äußerte **Herr Dr. Meerheim** die Bitte an die Verwaltung, in der Einladung ausführlicher darauf einzugehen, was genau Gegenstand der Sitzung sein werde.

zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Bartl, Vorsitzende des Stadtrates, informierte, dass 3 schriftlich gestellte, aber mündlich zu beantwortende Fragen vorlägen:

1. FDP-Fraktion zum bisherigen Schulgarten am Galgenberg
2. Frau Wolff zur Barrierfreiheit von Beratungsräumen
3. Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Begegnungsstätte SILVA.

Anfrage FDP-Fraktion zum bisherigen Schulgarten am Galgenberg

Welche Lösungen wurden für die betroffenen Schulen gefunden und wurde das Grundstück des bisherigen Schulgartens am Galgenberg verkauft sowie öffentlich mit Ausschreibung zum Erwerb angeboten oder soll es anderweitig städtisch genutzt werden? Und wenn ja, wofür?

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, informierte zur Schulgartenalternative mit Stand 15.02.2013:

Liliengrundschule:

Außenfläche Schülerwohnheim Myrthenweg – Nutzung für den praktischen Schulgartenunterricht ab 3/2013 vorgesehen.

Grundschule Karl-Friedrich-Friesen:

Herrichtung von Flächen Schulgelände für die Nutzung für den praktischen Schulgartenunterricht ab 3/2013

Grundschule Wittekind:

Nutzung einer Fläche in Schopenhauer Straße (Außenfläche Fachbereich Bildung – Nutzung für den praktischen Schulgartenunterricht ab 3/2013

Förderschule Astrid Lindgren:

Nutzung einer Fläche im Gelände der Pflegeeinrichtung Akazienhof – Werkunterricht ab 01.09.2012

Reformschule Montessori:

Schulgartenunterricht wird durchgeführt

Förderschule Am Lebensbaum:

Nutzung einer Fläche in der Kleingartenanlage Gesundbrunnen für den Werkunterricht seit 01.09.2012

Herr Beigeordneter Kogge führte weiterhin aus, dass die Herrichtung der Flächen durch den Eigenbetrieb für Arbeit schon eingeleitet und zum Teil schon erledigt sei. Für die Liliengrundschule, die Grundschule Friesen, Grundschule Wittekind und Neumarkt wurde im September 2012 gemeinsam mit dem Eigenbetrieb für Arbeit mit der Herrichtung begonnen. Sie werde bis März 2013 abgeschlossen sein und stehe dann den Schulen zur Verfügung.

Zum zweiten Teil der Anfrage, die sich auf den Schulgarten am Galgenberg bezog, informierte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, dass sich der ehemalige Schulgarten im Eigentum der Stadt befinde und auch im Eigentum der Stadt Halle bleiben soll. Im Moment verhandle die Verwaltung mit einem Interessenten, der eine Nachnutzung vorhätte. Eine Ausschreibung oder ein Verkauf sei nicht geplant, sondern eine Verpachtung.

Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Barrierefreiheit von Beratungsräumen

1. Sind die Beratungsräume der Ausschusssitzungen so ausgestattet, dass jedes Mitglied des Ausschusses auch mit körperlichen Behinderungen, z. B. Höreinschränkungen, an Sitzungen uneingeschränkt partizipieren kann?
2. Inwieweit kann spezielle Technik zur Verfügung gestellt werden? Und wie viel Zeit benötigt die Verwaltung für die Bereitstellung?

Herr Paulsen, Grundsatzreferent, nahm dazu wie folgt Stellung und wies darauf hin, dass die Beratungsräume nicht so ausgestattet wären, dass eine uneingeschränkte Teilnahme von Ausschussmitgliedern mit den angegebenen körperlichen Behinderungen möglich sei.

Es wäre nur ein barrierefreier Zugang mit Fahrstuhl möglich. Dies würde von der Verwaltung auch für vertretbar gehalten, weil der Kreis der Teilnehmenden grundsätzlich der Gleiche sei.

Er führte weiter aus, dass wenn ein Stadtrat neu in den Rat komme oder bei einem Mitglied eines Ausschusses eine Behinderung auftrete die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem betreffenden Mitglied natürlich alle notwendigen Maßnahmen zur barrierefreien Teilnahme ergreifen werde. **Herr Paulsen** merkte an, dass die Verwaltung auch mit Frau Dr. Haerting im ausführlichen Gespräch war, was man in ihrem Fall konkret machen könne.

Entsprechend der Notwendigkeiten werden von der Stadtverwaltung alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, zur Dauer der jeweiligen Beschaffung könne jedoch momentan nichts gesagt werden.

Anfrage Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Begegnungsstätte SILVA

Wie wird das Mobiliar, die räumliche Ausstattung, seit der Auflösung der ehemaligen Begegnungsstätte SILVA genutzt?

Dazu informierte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, dass das Mobiliar der SILVA grundsätzlich allen zur Verfügung stehe. Im Moment sei es an eine Kochschule verpachtet, die einen Teil der Räumlichkeiten nutze und dort werde auch das vorhandene Mobiliar mit genutzt.

Anfrage Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, zur Straßenreinigungssatzung

Herr Hopfgarten bezog sich auf einen Punkt aus der Straßenreinigungssatzung mit der Vorgabe, dass z. B. Salz nur in bestimmten, genau definierten Ausnahmefällen verwendet werden dürfe und er wies darauf hin, dass schon bei geringstem Schneefall Fußwege mit Salz bestreut wurden. Aus diesem Grund fragte er an, wie die Stadtverwaltung die Straßenreinigungssatzung in diesem Punkt durchsetzen wolle.

Anfrage Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, zu einem Schuttberg in der Leopoldstraße/ Reilstraße

Herr Hopfgarten führte aus, dass seit geraumer Zeit an der Ecke Leopoldstraße/Reilstraße ein Schuttberg eines eingestürzten Hauses liege und schon im Herbst des vergangenen Jahres in der Presse zu lesen war, dass der Hausbesitzer entsprechend informiert wurde und bis Ende Januar eine Räumung stattfinden sollte. Da der Schuttberg jetzt immer noch daliege, fragte Herr Hopfgarten an, bis wann vorgesehen sei, diesen Missstand zu beseitigen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine schriftliche Aufbereitung der Antwort zu dem beiden Anfragen von Herrn Hopfgarten zu, da schon verschiedene Anfragen dazu vorlägen.

Anfrage Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, zur Singschule

Herr Dr. Wend, bezog sich auf die Ausführungen einer Bürgerin in der Einwohnerfragestunde, wo es um die Singschule ging und machte deutlich, dass einmal hinterfragt werden müsse, was in der Singschule mit 200.000 Euro pro Jahr an Qualität erreicht werde.

Er stellte dazu folgende Frage an die Verwaltung:

Sind sie der Ansicht, dass die Jugendwerkstatt den Vertrag einhält, was die Singschule angeht?

Anfrage Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, zur Neuen Residenz

Zur Neuen Residenz fragte **Herr Dr. Wend** an, ob die Stadtverwaltung schon Ideen oder Strategien hätte, wie es möglich wäre, die Neue Residenz im Stadtbereich nutzbar zu halten.

Zur ersten Frage von Herrn Dr. Wend zur Singschule teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass das Thema für den Kulturausschuss im April aufbereitet werde.

Die Anfrage zur Neuen Residenz wurde von **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, dahingehend beantwortet, dass sich die Neue Residenz im Eigentum des Landes befinde.

Seit Jahren gäbe es die Veräußerungsthematik, doch da die Immobilie so speziell sei, hätte sich noch niemand gefunden, der diese Immobilie erwerben wolle. Es gebe einen Immobiliendialog mit dem Land, so dass die Besorgnis, dass diese Immobilie an Irgendjemanden veräußert werde, im Moment nicht bestehe.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zum Wirtschaftsplan Kindertagesstätten

Herr Krause übergab an den Kämmerer einen Fragenkatalog mit 9 Fragen zum Haushalt im Rahmen der Mitwirkung der Stadträte.

Zum Thema Kindertagesstätten informierte **Herr Krause**, dass der Wirtschaftsplan im letzten Eigenbetriebsausschuss abgesetzt wurde, mit der Begründung, dass die Zahlen nicht kompatibel mit dem Haushalt wären. Dazu fragte er jetzt an, wie man seitens der Verwaltung mit dieser Vorlage umgehen wolle, da darin ein erheblicher Betrag die Differenz darstelle.

Herr Krause bat um eine Beantwortung seiner Frage in der Finanzausschusssitzung am 05.03.2013.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zu Nutzung von Räumen

Herr Krause erkundigte sich, ob die Räume der ehemaligen Oberbürgermeisterin im Ratshof, in der 3. Etage leer stehen und fragte nach, ob es stimme, dass diese zu Repräsentationszwecken freigehalten, und in welcher Form und wie oft diese genutzt werden.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zu Interessenkonflikten

Des Weiteren fragte **Herr Krause** an, ob rechtlich geprüft wurde, ob es einen Interessenkonflikt gäbe, wenn die Kanzlei Moeskes einerseits Herrn Oberbürgermeister in seiner ehemaligen Funktion vertrete im Disziplinarverfahren gegen die Stadt und gleichzeitig für die Stadt in arbeitsrechtlichen Verfahren gegen städtische Bedienstete auftrete.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand, sagte eine schriftliche Beantwortung der Fragen von Herrn Krause zu.

Anfrage Frau Ewert, SPD-Fraktion, zum Amtsblatt

Frau Ewert brachte ihr Erstaunen darüber zum Ausdruck, dass im Amtsblatt ein Interview mit der Firma Rauschenbach abgedruckt war und wies darauf hin, dass diese Personalie vom Landesverwaltungsamt noch nicht bestätigt sei. Laut Beschluss sei im Einvernehmen mit dem Landesverwaltungsamt Herr Rauschenbach als Sparberater zu verpflichten. Sie fragte deshalb, ob alles das, was in dem Presseartikel aufgezählt wurde, für 15.000 Euro durch die Firma Rauschenbach zu haben sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte deutlich, dass die Firma Rauschenbach bereits vertraglich gebunden sei für diesen Betrag, und die momentan geleistete Arbeit befinde sich in diesem Rahmen.

Anfrage Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zur Kleingartenkonzeption

Die Frage von **Herrn Dr. Diaby** bezog sich auf die gemeinsame Sitzung des Umwelt- und des Planungsausschusses zur Anhörung der Kleingärtner zum Kleingartenkonzept. Ihn würde interessieren, wie jetzt weiter mit dieser Konzeption umgegangen werde.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, erklärte, dass aufgrund von Krankheit die Fragen zur Kleingartenkonzeption schriftlich beantwortet werden.

Anfrage Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zur Mittagsversorgung in Kindertagesstätten

Herr Dr. Diaby bezog sich auf einen Zeitungsartikel, dass es in der Stadt zunehmend Kinder gäbe, die kein Mittagessen bekommen, weil die Eltern dies nicht bezahlen könnten. Herr **Diaby** fragte deshalb an, in wie weit der Verwaltung bekannt ist – statistisch erfasst – wie viel Kinder in der Stadt davon betroffen seien und ob es Maßnahmen der Verwaltung gebe, diesen Zustand zu ändern.

Herr Kogge, Beigeordneter für Schule und Soziales, berichtete, dass es auch für die Träger schwer wäre, wenn Essen bestellt werde und die Eltern dieses dann nicht zahlen würden.

In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass das Problem von zwei Seiten gesehen werden müsse. Einmal seien da die Eltern, die das Mittagessen für die Kinder bestellen und dann aber nicht zahlen und zum anderen gäbe es auch Eltern, die das Essen nicht zahlen können.

Herr Beigeordneter Kogge verwies darauf, dass dieses Problem nicht ganz gelöst werden könne und dies in den verschiedensten Zahlungsbereichen der Stadt auftauche. Zudem informierte er, dass ihm bekannt sei, dass von diesem genannten Träger schon Gespräche mit den Eltern geführt worden sind.

Herr Beigeordneter Kogge führte weiterhin aus, dass eine statistische Aufbereitung erst noch gemacht werden müsse und eine Antwort dazu schriftlich erfolgen werde.

Anfrage Herr Bonan, SPD-Fraktion, zum Zustand der Kröllwitzer Straße

Herr Bonan fragte zum Zustand der Kröllwitzer Straße an, ob es eine Möglichkeit gäbe, noch vor der Radsaison die Straßenschäden auch auf den Fahrradwegen zu beseitigen.

Herr Stäglin, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., zur Seniorenberatungsstelle

Frau Haupt fragte die Verwaltung, ob eine Möglichkeit gesehen werde, die Seniorenberatungsstelle zu erhalten und wenn ja welche.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass die Verwaltung momentan Gespräche führe, um nach Möglichkeiten zu suchen, im betriebswirtschaftlichen Bereich der Seniorenberatung Kosten zu sparen. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, dass die Kostenaufstellungen in die Verwaltung hineingereicht und dass auch eigene Überprüfungen stattfinden werden.

Weiter führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass es Gespräche gäbe, und in der Verwaltung nach Möglichkeiten gesucht werde, die Seniorenberatung auch räumlich noch dichter an die Verwaltung zu binden, um dadurch auch Kosten zu sparen.

Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, zu Baumfällungen in Halle-Neustadt

Herr Lange führte aus, dass es große Verärgerung und Verunsicherungen bei Bewohnern in Halle-Neustadt dahingehend gäbe, dass Bäume rot gekennzeichnet wären und sie die Befürchtung haben, dass diese Bäume gefällt werden.

Er fragte an, ob die Aussage stimme, dass die Menge der Bäume, die gefällt werden sollen, nicht kongruent sei mit der Menge der Bäume, die die roten Punkte haben.

Weiterhin fragte er an, ob die Verwaltung noch einmal die Bewohner von Halle-Neustadt über die Baumfällungen informiert habe.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, wies darauf hin, dass die mit den Punkten versehenen Bäume nicht von der Stadt gekennzeichnet worden sind und die Verwaltung dazu keine Pressearbeit machen könne, wenn ein Wohnungseigentümer für die Begutachtung der Bäume tätig werde.

Er macht deutlich, dass es wichtig wäre, Adressen zu haben, um feststellen zu können, wer wirklich Eigentümer des Baumes sei.

Herr Lange äußerte sich noch einmal dahingehend, dass er eine Meldung zu Bäumen in der Haflingerstraße erhalten habe, und bat Herrn Stäglin um Auskunft dazu.

Herr Beigeordneter Stäglin wies noch einmal darauf hin, dass nach seinem Kenntnisstand die roten Punkte von der GWG angebracht worden und es deren Bäume seien und diese nichts mit den Baumfällungen im Zuge der Erneuerung des Baumbestandes in Halle-Neustadt zu tun hätten.

Anfrage Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE, zum Schreiben des Leiters der Singschule

Herr Dr. Bartsch äußerte sich zu einem offenen Brief des künstlerischen Leiters der Singschule, Herrn Grimm, an die Stadträte und an den Oberbürgermeister und stellte die Frage an den Oberbürgermeister, ob es eine Antwort von ihm dazu gäbe oder wenn noch nicht, ob es eine Antwort dazu geben werde. Gleichzeitig bat er darum, dass die Stadträte diese Antwort des Oberbürgermeisters zur Kenntnis erhalten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass ihm dieser Sachverhalt nicht bekannt sei, er aber prüfen werde, ob dieser Brief in der Verwaltung vorliege und dann werde auch eine Antwort erfolgen.

Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, zur Stiftung Moritzburg

Frau Dr. Bergner bezog sich auf das Protokoll vom November, in welchem Frau Szabados angekündigt hatte, in schriftlicher Form eine Antwort zu geben, wie es mit der Moritzburg weiter gehe. Weiter wies sie darauf hin, dass es in einer Sitzung im Dezember darum gegangen sei, evtl. eine Namensänderung von Stiftung Moritzburg Kunstmuseum in Stiftung Moritzburg Halle vorzunehmen.

In diesem Zusammenhang fragte **Frau Dr. Bergner** an, wer diese Fragen zur Perspektive der Moritzburg beantworten werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

Anfrage Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, zu den Dienstleistungszentren

In Bezug auf die Dienstleistungszentren fragte Herr Hildebrandt an, wo und in welchen Räumlichkeiten die Dienstleistungszentren untergebracht werden und ob die Verwaltung plane, externe Räumlichkeiten anzumieten und in wie fern die Einbindung des Stadtrates dazu erfolgen werde.

Anfrage Herr Hildebrandt , CDU-Fraktion, zur Brücke über die Reide

Herr Hildebrandt erläuterte, dass es in seiner Anfrage um die Zieglerstraße in Bruckdorf in Richtung Gröbers ginge, die in ihrer verkehrlichen Leistungsfähigkeit eingeschränkt sei und er vermute, dass sich bei einer Prüfung Mängel ergeben hätten. Aus diesem Grund fragte er an, wann mit einer Beseitigung der Mängel zu rechnen sei.

Zu beiden Fragen von Herrn Hildebrandt sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, zu Baummarkierungen in Halle-Neustadt

Herr Schachtschneider gab zu den roten Punkten an den Bäumen in Halle-Neustadt den Hinweis, dass diese Markierungen auch Bäume betreffen würde, die auf Privatgrundstücken stehen bzw. den unterschiedlichsten Wohnungsgesellschaften gehören würden. Dazu gäbe es noch Kennzeichnungen mit grünem nach unten geöffnetem Winkel oder auch grüne Kreise.

In diesem Zusammenhang bat er um Aufklärung, was es mit diesen Zeichen auf sich habe.

Anfrage Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, zu Anfragen aus dem Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

Herr Schachtschneider merkte an, dass er auf eine Frage, welche von ihm am 17.01. im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss gestellt wurde, bis jetzt noch keine

Antwort erhalten habe. Die Frage war nichtöffentlich und betraf Personal, welches ins Sozialamt versetzt wurde.

Herr Schachtschneider wies darauf hin, dass er noch immer eine schriftliche Antwort dazu erwarte.

Anfrage Herr Müller, CDU-Fraktion, zur Anwaltskanzlei von Herrn Dr. Moeskes

Herr Müller wies darauf hin, dass er in der vergangenen Stadtratssitzung eine Frage, bezogen auf die Anwaltskanzlei von Herrn Dr. Moeskes, gestellt habe, die nur zum Teil beantwortet wurde und er machte darauf aufmerksam, dass über diese Frage noch einmal im nichtöffentlichen Teil gesprochen werden müsse.

Anfrage Herr Müller, CDU-Fraktion, zur Gleichstellungsbeauftragten

Herr Müller informierte weiterhin, dass auch noch eine Antwort zu seiner im letzten Stadtrat gestellten Frage ausstehe, warum Frau Wildner als Gleichstellungsbeauftragte nicht bei den erfolgten Umstrukturierungen und Umbesetzungen von Personal ab dem 01.12. des vergangenen Jahres beteiligt war und ob das zukünftig anders gemacht werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass zu beiden Fragen zum heutigen Tag die Antworten an Herrn Müller zugegangen seien.

Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Akustik in den Beratungsräumen

Frau Wolff wies darauf hin, dass die Akustik in den Sitzungsräumen sehr schlecht sei und man auch als Guthörende Schwierigkeiten hätte, dem Verlauf der Sitzungen zu folgen, wenn man relativ weit hinten sitze. Die Stadtverwaltung befinde sich in der Pflicht, die Räume so auszustatten, dass sie barrierefrei seien und sie erwarte eine Antwort dazu, wie das zukünftig gehandhabt werden soll.

Herr Paulsen, Grundsatzreferent, machte darauf aufmerksam, dass die Verwaltung darauf angewiesen sei, dass Mitglieder des Stadtrates darauf hinweisen, dass die Bedingungen unzureichend seien. Wenn die Verwaltung davon erfahre, werde auf jeden Fall gehandelt.

Herr Paulsen merkte weiterhin an, dass zur grundsätzlichen Ausstattung der Räume sich Rat und Verwaltung im Zuge der Haushaltsberatungen verständigen sollten, ob und wie in eine neue Tonanlage investiert werden könne.

Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Begegnungsstätte SILVA

Frau Wolff erläuterte, dass sich die Anfrage nicht nur auf das Mobiliar bezogen hätte und sie noch eine exakte Antwort dazu wünsche, wo die technischen Geräte abgeblieben sind.

Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Grundschule in der Frohen Zukunft

Frau Wolff informierte darüber, dass sie aus der Zeitung von dem Problem erfahren habe, dass Eltern, Lehrerschaft und Kinder aus der Grundschule in der Frohen Zukunft nicht wieder in eine unsanierte Schulen umziehen wollen. Sie merkte an, dass sie zukünftig von der Verwaltung erwarte, dass solche Informationen aufgearbeitet an die Stadträte gegeben werden.

Zum Thema der Informationspflicht der Verwaltung merkte **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, an, dass er im Bildungsausschuss regelmäßig über laufende Dinge seines Bereiches informiere.

Zur Frage der Grundschule in der Frohen Zukunft äußerte sich **Herr Beigeordneter Kogge** dahingehend, dass es schon vor Ort Gespräche mit den Eltern, auch mit Vertretern des Schulverwaltungsamtes gegeben habe, und er wies darauf hin, dass der Fachausschuss das geeignetste Instrument für diese fachlichen Informationen sei.

Die Beantwortung der Anfrage von Frau Wolff zur Begegnungsstätte SILVA werde durch **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, schriftlich erfolgen.

Anfrage Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Beschlussstand MDV

Herr Häder erläuterte, dass der Stadtrat bei Gründung des MDV beschlossen habe, dass sicherzustellen sei, dass der Stadtrat die Möglichkeit erhalten, sich mit anstehenden Anpassungen des Verbundtarifes vor den Entscheidungen im Verbundaufsichtsrat zu befassen und dass die HAVAG die hierfür erforderlichen Unterlagen unaufgefordert und rechtzeitig zur Verfügung stelle.

Er informierte weiter, dass die Stadträte für den nichtöffentlichen Teil zur heutigen Sitzung die Information erhalten haben, dass die Gesellschafterversammlung im Dezember beschlossen habe, dass im August die Preise erhöht werden sollen.

Er wies darauf hin, dass im Gesellschaftervertrag des MDV zum Punkt Änderung des Verbundtarifes festgelegt sei, dass durch die Gesellschafterversammlung nach Vorbereitung im Aufsichtsrat beschlossen werde.

Also könne davon ausgegangen werden, dass der Stadtrat zu informieren gewesen wäre, bevor die Vorbereitungen im Aufsichtsrat stattgefunden haben, die dann zu der Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung führten.

Herr Häder fragte die Verwaltung, ob und wann es eine Zustimmung des Aufsichtsrates zu den Änderungen gab und ob die Stadtverwaltung der Meinung wäre, mit der Informationsvorlage das Befassungsrecht des Stadtrates zu erfüllen? Und wie gedenkt die Stadtverwaltung, künftig den Beschluss aus dem Jahre 1998 umzusetzen.

Dazu äußerte sich **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit dem Hinweis, dass es nicht richtig sei, dass im Aufsichtsrat bzw. in den Gremien des MDV konkrete Erhöhungen, auf einzelne Produkte zugeordnet, schon beschlossen seien.

Sondern der erste Schritt der Tarifanpassung wäre, dass es eine Spanne gäbe, die in den Gremien behandelt und die entsprechend auch von den dort als anteilseigene

eingeschlossene Verkehrsunternehmen beschlossen werde und dann im Arbeitsprozess in den letzten Monaten die konkrete Umsetzung der Preisspanne auf einzelne Tarifprodukte runter gebrochen wurden.

Herr Beigeordneter Stäglich stellte weiterhin klar, dass die Unterlagen mit den konkreten Überlegungen für die Stadt Halle, zeitnah versandt worden. Und deshalb im nichtöffentlichen Teil, weil damit auch die Interessen von Unternehmen verbunden sind.

Er erläuterte, dass die Stadtverwaltung über die verschiedenen Tarifrunden hinweg immer Möglichkeiten eröffnet habe, die Stadträte zu informieren und somit die Möglichkeit einer Meinungsbildung und vielleicht der Schaffung einer Antragslage gegeben gewesen sei.

Herr Beigeordneter Stäglich wies darauf hin, dass in der Finanzausschusssitzung am 19.2. besprochen wurde, da die Stellungnahme durch einen Übertragungsfehler nicht in den Fraktionen am Montag, dem 18.2., behandelt werden konnte, dass im Finanzausschuss am 19.3. die Möglichkeit bestehe, über diese Vorlage zu beraten.

Mit der Stellungnahme zu dem Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sei auch deutlich gemacht worden, welche Auswirkungen z. B. ein Nein der Stadt Halle in der Gesellschafterversammlung haben würde, und er stellte fest, dass dann in der Finanzausschusssitzung der aktuelle Sachstand auch aus anderen Gebietskörperschaften zur Meinungsbildung übermitteln werden könne.

Zur Informationspflicht stellte **Herr Beigeordneter Stäglich** klar, dass man davon ausgehe, dass der Stadtrat wissen wolle, welches konkrete Produkt, um welchen Preis erhöht werden soll. Und diese Daten wurden schnellstmöglich zugeleitet. Damit habe die Verwaltung ihre Informationspflicht erfüllt.

Herr Häder bat die Verwaltung um eine schriftliche Darlegung dahingehend, dass insbesondere auch die Frage, wann die Beschlussfassung im Aufsichtsrat erfolgte, noch dargestellt wird, um nachvollziehen zu können, dass vor der Behandlung im Aufsichtsrat die Information des Stadtrates erfolgte.

Auch bat er um eine Abfolge, wann der Aufsichtsrat noch über die Tarifierhöhung entscheide.

Herr Beigeordneter Stäglich verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung und bat Herrn Häder um eine kurze Information, wenn die Darstellung zum Ablauf des Prozedere in der Stellungnahme nicht ausreichend sei.

Er merkte weiterhin an, dass schon im Finanzausschuss dargelegt wurde, dass die Schwierigkeit darin bestehe, dass die Gremien des MDV so terminiert seien, dass der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung des MDV am 21. März tagen und deswegen nur noch im Finanzausschuss am 19.3. die Möglichkeit bestehe, das Thema in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln. Diese Zeitschiene konnte von der Verwaltung nicht beeinflusst werden.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN, zur Reformationsjubiläum

Herr Wehrich äußerte sich zu einem Artikel aus der MZ zur Lutherstadt Halle und fragte nach, ob es schon konkrete Überlegungen gäbe, wie Halle sich am Reformationsjubiläum beteilige und wies darauf hin, dass darüber im Kulturausschuss berichtet werden könne.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN, zum Bauvorhaben der HWGS im Paulusviertel

Herr Wehrich fragte an, ob es neue Informationen zum aktuellen Stand des Bauvorhabens der HWGS im Paulusviertel gäbe.

Zum Bauvorhaben der HWGS im Paulusviertel informierte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass der Bauantrag in der Prüfung sei und dabei festgestellt wurde, dass dem Bauantrag in der vorliegenden Form nicht zugestimmt werden könne und dass dem Antragsteller die Kritikpunkte mitgeteilt worden sind. Jetzt sei es Sache des Antragstellers, wie mit den Hinweisen umgegangen werde. Entweder überarbeite er den Antrag oder er wünsche einen Bescheid, gegen den er dann in Widerspruch gehen werde.

Herr Beigeordneter Stäglin führte weiterhin aus, dass er davon ausgehe, dass die Hinweise aufgegriffen und ein überarbeiteter Plan eingereicht werde.

Anfrage Frau Raab, FDP-Fraktion, zum Schulgarten

Frau Raab merkte an, dass bei der Beantwortung der Anfrage zum Schulgarten darauf verwiesen wurde, dass der Eigenbetrieb für Arbeitsförderung dabei sei, die Flächen herzurichten.

Vor dem Hintergrund der strengen Richtlinien, welche das Jobcenter habe, fragte sie an, ob der Eigenbetrieb seitens des Jobcenters anders bewertet werde als andere Träger, die solche Maßnahmen machen oder nicht.

Frau Raab bat dazu um eine schriftliche Beantwortung.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Bauvorhaben im Paulusviertel

Herr Bönisch informierte, dass auf seine Fraktion Bürger zugegangen seien mit grundsätzlichen Fragen zum Bauvorhaben im Paulusviertel und speziell dazu, dass der Einfluss einer einzelnen Firma zu hoch sei und er fragte an, ob diese Fragen durch die Verwaltung auch mit der Bürgerinitiative kommuniziert werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies in diesem Zusammenhang auf die Beantwortung der Anfrage zu TOP 9.17., welche zum gleichen Thema schon beantwortet wurde.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Chemiepokal

In Bezug auf einen Artikel in der Presse zur Förderung des Chemiepokals, dass der Grund der Ablehnung eine Falschangabe im Antrag gewesen sei, bat **Herr Bönisch** um Erläuterungen dazu.

Dazu stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** fest, dass in dem Artikel die Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters angesprochen wurde. Er wies darauf hin, dass es dazu transparente Kriterien gebe, die auf der Homepage seit Monaten veröffentlicht seien. Dazu gehöre u.a., dass die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Veranstaltung selbst gegeben sein muss. Das wäre in diesem Fall nicht so. Daraufhin wurde die Schirmherrschaft abgelehnt.

Des Weiteren merkte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** an, dass es sich um einen ganz normalen Förderantrag gehandelt habe, der nach Prüfung wegen der vorläufigen Haushaltsführung ablehnend beschieden werden musste.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Ablehnung der Schirmherrschaft über den Chemie-Pokal

Herr Wolter fragte noch einmal beim Oberbürgermeister an, aus welchen Gründen dieser die Schirmherrschaft über den Chemie-Pokal abgelehnt hätte, obwohl dies im Vorfeld zugesagt gewesen wäre.

Dazu äußerte sich **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** dahingehend, dass im Vorfeld keine Zusage der Schirmherrschaft erfolgt sei. Es sei von vornherein mit den Vereinen und dem deutschen Boxerbund vereinbart worden, dass die eingereichten Unterlagen geprüft werden.

Weiter wies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf hin, dass für eine Schirmherrschaft die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Veranstaltung gegeben sein muss. Es wäre fatal, wenn der Oberbürgermeister eine Schirmherrschaft übernehmen würde und dann die Veranstaltung nicht wirtschaftlich gesichert sei. Um dies zu vermeiden, handele man nach den angegebenen Kriterien.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Zustand der vorläufigen Haushaltsführung noch eine Weile anhalten werde, und er fragte an, ob die Stadtverwaltung dann keinerlei Veranstaltungen unterstützen werde, bis es einen bestätigten Haushalt gäbe. Und wenn nicht, wie dann der jetzt abgelehnte Antrag später noch begründet werde.

Dazu stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** fest, dass die gesetzlichen Voraussetzungen in Tatbestandsmerkmalen und Rechtsbegriffen definiert seien, die klar auszulegen sind und an denen jede Veranstaltung gemessen werden muss. Daran werde z. B. auch jeder Sportverein gemessen, der einen solchen entsprechenden Antrag in der vorläufigen Haushaltsführung stellt.

Herr Wolter, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Dienstantritt von Frau Dr. Marquardt

Herr Wolter, berichtete, dass er unterschiedliche Informationen zum Dienstantritt von Frau Dr. Marquardt hätte und er fragte an, wann Frau Dr. Marquardt ihren Dienst als Beigeordnete bei der Stadtverwaltung antreten werde.

Dazu informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass der Dienstantritt noch nicht feststehe und sich Frau Dr. Marquardt noch in Verhandlungen mit ihrem jetzigen Arbeitgeber befinde. Momentan sei die Aussage ihres jetzigen Arbeitgebers die, dass keine Freigabe

bekäme und auf die normalen Kündigungsfristen ausweichen müsse, solange kein Nachfolger für sie da wäre.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Thema Haushaltsberatung

Herr Wolter bezog sich auf die Information des Herrn Bürgermeisters Geier zum Thema der Haushaltsberatung und stellte die Frage an Herrn Oberbürgermeister, ob dieser an der Beratung am 05.03.2013 teilnehmen werde, um sicherzustellen, dass zur schnellstmöglichen Verabschiedung des Haushaltes 2013 eine Verabredung getroffen werde. Er fände es notwendig, auch wegen der Missverständnisse bzw. unterschiedlichen Interpretationen der Beschlussfassung im Finanzausschuss im Februar.

Gleichfalls fragte er an, ob weiterhin der Plan bestehe, im März den Haushalt 2013 zu verabschieden

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Teilnahme der Beratung zum Haushalt am 05.03.2013 zu und führte weiterhin aus, dass zu diesem Termin von der Verwaltung alle notwendigen Aussagen gemacht sowie Risiken und Chancen benannt würden.

Herr Müller, CDU-Fraktion zur Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten

Herr Müller äußerte sich noch einmal zu seiner Frage zur Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten bei Personalfragen und wies darauf hin, dass es während der Sitzung eine Beantwortung per E-Mail gab.

In dieser Antwort wurde darauf verwiesen, dass die angezeigten personellen Veränderungen vorläufig seien und es sich für ihn die Frage ergebe, ob es richtig sei, dass aus diesem Grund die Gleichstellungsbeauftragte nicht einbezogen wurde.

In diesem Zusammenhang fragte **Herr Müller** die Verwaltung an, ob nur nichtvorläufige Maßnahmen personeller Natur mit der Gleichstellungsbeauftragten vorab besprochen werden?

Dazu informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass ab dem 01.12.2012 die Gleichstellungsbeauftragte endlich wieder alle Aufgaben, die ihr kraft Gesetzes zustehen, auch wahrnehme und sie selbstverständlich in alle Verfahren mit einbezogen werde.

Herr Bonan, SPD-Fraktion, zu Baumängeln an öffentlichen Gebäuden

Herr Bonan informierte darüber, dass er genau mit Blickrichtung auf einen Riss in der Wand sitze und er fragte dahingehend, ob dies statisch in Ordnung sei bzw. ob eine Kontrolle dazu erfolge. Er wies darauf hin, dass bei einer Unbedenklichkeit des Schadens, dieser durch neue Farbe verdeckt werden könne.

Herr Neumann, Beigeordner für Wirtschaft und Wissenschaft, sagte eine Prüfung dieses Zustandes zu.

Ergänzend führte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, aus, dass dieser Zustand dem Eigenbetrieb ZGM bekannt sei und derzeit untersucht und geprüft werde.

Herr Hajek, FDP-Fraktion, zu Sportveranstaltungen

Herr Hajek äußerte sich zu den Sportveranstaltungen in der Stadt Halle dahingehend, dass seines Wissens in diesem Jahr der Halloren-Pokal und auch die Leichtathletikmeisterschaften in der Brandberge-Halle seitens der Stadt Halle unterstützt worden, trotz vorläufiger Haushaltsführung.

Er fragte an, ob bis zum heutigen Zeitpunkt noch andere Sportveranstaltungen unterstützt worden sind und er erwarte bis morgen eine schriftliche Antwort dazu.

Weiterhin fragte **Herr Hajek** an, wie Halle zu den beiden Großveranstaltungen Mitteldeutscher Marathon und Chemiepokal in Zukunft stehe. Er fände es nicht gut, wenn trotz vorläufiger Haushaltsführung schon Sportveranstaltungen unterstützt worden sind, wenn diese beiden jetzt nicht unterstützt werden.

Herr Hajek regte eine Diskussion dazu im nächsten Sportausschuss an.

zu 12 Anregungen

zu 12.1 Anregung der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschäftigung mit der Thematik Rechtsrock-Konzerte Vorlage: V/2013/11450

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 41. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin